

PAUKOS



Foto: Omas gegen Rechts - Osnabrück

Brandmauer gegen Rechts!

Inhalt u.a.

Henrik Peitsch

PAUKOS im Gespräch mit Sally Lisa Starken

Mit den Rechten spricht man doch nicht, oder doch? Dialog statt Ausgrenzung?!

Omas gegen Rechts – Osnabrück

Betr.: Unsere Antwort auf Ihre Anfrage zu den Aussagen von Herrn Middelberg in der NOZ

Renate Heise – Osnabrück – bunt und solidarisch

Was treibt Jugendliche zu den Blauen?

Stefan Wilker – Osnabrück – bunt und solidarisch

Wer wir sind und was wir machen

Dr. Katrin Mohr

Sozialer Antifaschismus: Ohne Gewerkschaften geht es nicht

Bernd Glösenkamp

Schüler lernen aus Freude! Lehrkräfte ohne Druck! In Deutschland??

Dr. Josef Hanel

Bildungsgerechtigkeit neu denken - Auf den Anfang kommt es an

Prof. Dr. Hildegard Müller-Kohlenberg

„Nach PISA“ – Beginnt ein neuer bildungspolitischer Diskurs?

Schüler und Schülerinnen oder „Humankapital“?

Prof. Dr. Tom Krebs

Große Vermögen besteuern, um das Bildungssystem zu retten

Inhalt

Seite

Henrik Peitsch

PAUKOS im Gespräch mit Sally Lisa Starken

Mit den Rechten spricht man doch nicht, oder doch? Dialog statt Ausgrenzung?!

3

Omas gegen Rechts – Osnabrück

Betr.: Unsere Antwort auf Ihre Anfrage zu den Aussagen von Herrn Middelberg in der NOZ

6

Omas gegen Rechts – Osnabrück

Unsere Grundsätze

7

Renate Heise – Osnabrück – bunt und solidarisch

Was treibt Jugendliche zu den Blauen?

8

Stefan Wilker – Osnabrück – bunt und solidarisch

Wer wir sind und was wir machen

8

Rechtsextremismus in Deutschland

10

Dr. Katrin Mohr

Sozialer Antifaschismus: Ohne Gewerkschaften geht es nicht

11

Bernd Glüsenkamp

Schüler lernen aus Freude! Lehrkräfte ohne Druck! In Deutschland??

„Unterricht ist aller Übel Anfang“

14

Henrik Peitsch

Jahreshauptversammlung mit Wahlversammlung 2024

15

Mitgliederstruktur des Kreisverbandes

17

Unsere neuen Vorstandsmitglieder

Andreas Kroop und Katharina Kosubek

18

GEW KV OS-Stadt

Unserer Jubilare 2025

19

GEW KV OS-Stadt

Termine

20

Lektüreempfehlung

Bildung und digitaler Kapitalismus

21

Dr. Josef Hanel

Bildungsgerechtigkeit neu denken - Auf den Anfang kommt es an

22

Prof. Dr. Hildegard Müller-Kohlenberg

„Nach PISA“ – Beginnt ein neuer bildungspolitischer Diskurs?

Schüler und Schülerinnen oder „Humankapital“?

24

Prof. Dr. Tom Krebs

Große Vermögen besteuern, um das Bildungssystem zu retten

29

Henrik Peitsch

Zu guter Letzt

30

Impressum

31



PAUKOS im Gespräch mit Sally Lisa Starken*
Mit den Rechten spricht man doch nicht, oder doch?
Dialog statt Ausgrenzung?!
 Henrik Peitsch

Was hat Sie dazu bewogen, sich mit AfD-Wähler*innen zu beschäftigen, mit ihnen zu sprechen, sie nach ihren Motiven zu befragen?

Ich habe als Journalistin zwar selbst viel über die AfD berichtet und aufgeklärt und immer wieder probiert, Argumente gegen die Rhetorik anzuführen und dagegen zu halten. Aber mir fehlte ein ganz wichtiges Puzzleteil: Ich habe nicht mit den Menschen gesprochen, die die AfD wählen. Um dem eigentlichen Problem auf den Grund zu gehen, ist es wichtig zu verstehen, was die individuellen Beweggründe und Lebensrealitäten der Menschen sind. Das macht einen Unterschied. Es wird in der Diskussion über die AfD und die Wählerschaft dieser Partei viel pauschalisiert, aber das führt uns nirgendwo hin und zeigt uns keine Wege auf, wie wir einen Teil dieser Menschen wieder für die Demokratie begeistern können.

Sie haben nur Bürger*innen in den östlichen Bundesländern befragt! Warum und wie haben Sie sie ausgewählt? Waren es eher Zufallsbegegnungen?

Ich war nur für das erste Kapitel in Ostdeutschland, meine anderen Gespräche habe ich u.a. in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen geführt – meistens mit Menschen, die ich auf der Straße, bei Kundgebungen oder in Cafés angesprochen habe, aber auch mit Menschen aus meinem persönlichen Umfeld. Wir reden immer über „den Osten“. Mein Buch enthält ein Kapitel darüber, weil ich es wichtig finde, das kritisch zu betrachten, denn ich selbst komme aus Westdeutschland. Zur Entstehungszeit des Buches haben die drei Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen stattgefunden und in Thüringen hat mit Björn Höcke ein Faschist gewonnen. Ohne einen Aufenthalt in diesen Bundesländern wäre das Buch nicht vollständig gewesen. Aber die Reise dorthin sollte kein Albinenstellungsmerkmal sein.



Foto: Daniel Dittus

Haben Sie auch Menschen angetroffen, die zum äußersten rechten Rand gehören und auch mit ihnen gesprochen?

Ich habe nicht mit denjenigen gesprochen, die öffentlich als Rechtsextremisten auftreten, denn dann hätte ich nur reproduziert, was sie denken und tun. Mir war wichtig herauszufinden, was in unserer Gesellschaft passiert, welche Ängste und Überforderung es gibt. Die Themen sind äußerst komplex und vielschichtig, von der Angst vor dem sozialen Abstieg bis zur Angst vor Krieg.

Wie konnten Sie diese Menschen dazu bewegen, sich ihnen gegenüber zu öffnen?

Die größte Herausforderung war für mich, meine Rolle als Journalistin ein Stück weit zu verlassen. Ich versuchte, die Menschen dort zu bekommen, wo sie sind, dorthin zu gehen, wo sie sich wohlfühlen, und dort ein Gespräch auf Augenhöhe zu führen, so dass sie mir wirklich ihre Geschichten erzählt haben und nicht das Gefühl hatten, sie müssten sich für ihre Meinung verteidigen.

Sie waren auch in Görlitz. Dort hat Chruppala seinen Wahlkreis. Er bekam bei der Wahl im Januar 48,9 %. Seit 2021 führt er mit Alice Weidel den Vorsitz der Bundes-AfD. Ergaben sich hier Unterschiede zu den Gesprächen in den anderen Städten? Was waren die Ergebnisse Ihrer Gespräche? Könnten Sie bitte

* Sally Lisa Starken ist freie Journalistin, Autorin, Podcasterin und Content Creatorin. Politik neu erzählen und zugänglicher machen, damit jede*r sie besser verstehen kann. Auf Instagram und als Podcast-Host erklärt sie täglich Politik – aktuell in ihrem Format »Die Informantin«. Sie hat drei Kinderbücher über Demokratie, Klimaschutz und Frieden geschrieben.

zunächst das benennen, was Sie selbst nicht erwartet hatten bzw. Sie auch besonders überrascht hat?

Die prägendste Begegnung war mit einer Frau, die genauso alt war wie ich. Das war auf dem Görlitzer Marktplatz auf einer Veranstaltung von der AfD, wo Alice Weidel und Tino Chrupalla gesprochen haben. Da habe ich für mich persönlich gemerkt, wie verschieden Lebensrealitäten sein können, obwohl die Frau und ich uns gar nicht so unähnlich waren.

Nach dem Gespräch mit ihr, anderen AfD-Wähler*innen sowie Expertinnen und Experten habe ich festgestellt: Frauen wählen die AfD oft aus einem Gefühl der Unsicherheit heraus – sie haben Angst vor einem staatlichen Kontrollverlust beim Thema Migration, wirtschaftliche Zukunftsängste, fürchten um ihre individuelle Sicherheit. Die AfD spricht sie mit einem traditionellen Frauenbild an, das Schutz und Stabilität verspricht, während die Partei gleichzeitig frauenfeindliche Narrative bedient und Geschlechtergerechtigkeit ablehnt. Einen solchen Zwiespalt habe ich auch bei Menschen mit Migrationshintergrund erlebt.

Was sind die Beweggründe der AfD-Wähler*innen?

In meiner Wahrnehmung sind es vorwiegend emotionale Beweggründe und Argumente, die meine Gesprächspartner*innen für die Erzählungen der AfD empfänglich machen. Die AfD emotionalisiert stark. Wir haben lange gesagt, dass Menschen die AfD aus Protest wählen, aber das stimmt nicht. Ich glaube, es hat noch nie wirklich gestimmt. Immerhin zeigen auch die Statistiken, dass Menschen, die die AfD wählen, zum großen Teil kein Problem damit haben, dass sie rechtsextreme Ideologien verfolgt, und dass sie sich trotzdem weiter der Mitte zugehörig fühlen. Menschen wählen die AfD, weil sie glauben, die AfD liefert ihnen Antworten, und nicht, weil sie denken, dass sie anderen Parteien damit einen Strich durch die Rechnung machen können. Dieses Bild der Protestwähler verharmlost die Debatte meiner Meinung nach ganz stark.

Der Verfassungsschutz hat die gesamte AfD als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft. Aber diese Einstufung später aufgrund einer Klage der AfD vorerst aufgehoben. Der öffentliche Ruf nach einem Verbot ist ungebrochen. Ein Verbot ist wegen der hohen verfassungsrechtlichen



Voraussetzungen aber umstritten. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen will ein AfD-Verbotsverfahren über Umwege anstoßen. Wie beurteilen Sie ein Verbot?

Ein Verbot der AfD, das zunehmend diskutiert wird, würde ein deutliches Zeichen setzen und ich halte einen Verbotsantrag für notwendig. Gleichzeitig braucht es aber mehr, da ein Verbot nicht direkt die Probleme löst, die Menschen dazu bringen, die AfD zu wählen. Wenn wir verhindern wollen, dass die AfD mehr Macht gewinnt, brauchen wir darüber hinaus konkrete Maßnahmen. Die zentrale Aufgabe bleibt: Menschen dort abzuholen, wo sie stehen – mit klaren Konzepten, die nicht spalten, sondern eine gemeinsame Zukunft ermöglichen.

Aktuelle liegen die CDU und AfD in den Umfragen etwa gleich bei 25 %, bei der letzten Bundestagswahl lagen sie nicht weit auseinander, die CDU erreichte 22,8 % und die AfD 20,8 %. Wie beurteilen Sie den Einfluss der anderen Parteien auf das Wahlverhalten der AfD-Wähler*innen?

Ich glaube, nach dem, was ich in den Gesprächen mit AfD-Wähler*innen und auch Expert*innen erfahren habe, dass das größte Versäumnis ist, dass die Parteien ihre Zukunftsvisionen nicht ausreichend darlegen und klarmachen. Wir verstecken uns alle gerade hinter der Migrationsdebatte, ohne auf die wirklichen Probleme zu schauen. Die Verantwortung dafür allein bei der Regierung der letzten vier Jahre zu suchen, greift zu kurz. Wir hatten die Corona-Krise, wir haben den Ukrainekrieg, den Nahost-Konflikt, die Klimakrise, Inflation. Diese Überlappung von Krisen führt dazu, dass Menschen sich überfordert fühlen und Sicherheit suchen. Sie fühlen sich von den etablierten Parteien nicht gesehen und finden bei ihnen keine Antworten auf ihre Sorgen.

Haben möglicherweise auch die Medien zum Wahlerfolg der AfD beigetragen, indem sie zu unkritisch in ihrer Berichterstattung waren? Der Deutsche Journalisten-Verband forderte in einer Mitteilung: „Wir Journalisten müssen die völkischen, rassistischen und rechtsextremen Absichten dieser Partei deutlicher hervorheben.“ Dies liest sich wie eine Selbstkritik im Umgang mit der AfD, oder?

Es fängt bei der Frage an, was Medien reproduzieren. Ich glaube, die AfD hat sehr gut verstanden, genau damit zu spielen. Bei deren Bundesparteitag hat Alice Weidel eine Rede gehalten und sehr vehement über die „Windräder der Schande“ gesprochen. Das war dann am Abend in der Tagesschau die erste Meldung. So hat sie es wieder geschafft, die größte Aufmerksamkeit zu bekommen. An dem gleichen Tag hatte auch der jetzige Bundeskanzler Olaf Scholz seinen Parteitag und über den wurde erst später in der Sendung berichtet.

Was muss getan werden, um die Menschen stärker in demokratische Prozesse einzubinden?

Letztlich braucht es zwei Dinge: Einerseits sind das Verbindungsmenschen, also Personen, die eine emotionale Bindung zu den AfD-Wählerinnen und -Wählern haben. Im letzten Teil des Buches spreche ich darüber, wie Menschen, die die AfD gewählt oder auch aus dem rechtsextremen Spektrum ausgestiegen sind, wieder zurückgefunden haben. Und das war immer über emotionale Beziehungen. Mit denen können sie wieder reden und diskutieren, denn es fehlt aktuell an Debatten. Aber es ist die Aufgabe von uns allen, uns diesen Diskussionen wieder zu stellen. Man darf den Kontakt nicht verlieren. Denn wenn man nur sagt: „Ihr seid alle Nazis, wenn ihr die AfD wählt“, warum sollte dann jemand zurückkommen? Auf der anderen Seite braucht es politische Antworten. Es reicht nicht, wenn wir nur über Migration sprechen und alle anderen Themen nicht bedient werden. Themen wie wirtschaftliche Stabilität, Bildung oder ein gutes Leben im Alter werden vernachlässigt. Wenn Parteien ihre Zukunftsvisionen nicht aufzeigen, finden die Menschen im AfD-Spektrum auch keinen Anschluss bei einer anderen Partei. Denn der Verweis auf Fakten und Gesetze hilft oftmals nicht mehr, weil die Menschen schon in einer anderen Realität leben. Nur mit Zukunftsvisionen holt man sie ab.

Es gibt natürlich Menschen, die im rechtsextremen Gedankengut beheimatet sind und an die wir nicht rankommen. Aber für Menschen, die die AfD aus Ängsten vor dem sozialen Abstieg, aus Unsicherheiten wählen, müssen wir die Tür offenhalten, um sie zurückzuholen.

Das Gespräch wurde am 23. Juni 2025 geführt.

MAKROSKOP

Gerd Grözinger: **Wahl von Verfassungsrichtern: eine Alternativoption**

Martin Höpner: **Demokratie zwischen liberalem Globalismus und autoritärem Populismus**

Heinrich Röder: **Rettet die Vielfalt!**

Günther Grunert: **Brauchen wir militärische Mehrausgaben?**

Michael von der Schulenburg: **Nach Alaska-Gipfel: Was die fehlende Einigung für Trump, Putin und Europa bedeutet**

Rainer Land: **Chinas Aufstieg und die Lage der arbeitenden Bevölkerung**

<https://makroskop.eu>

Osnabrück: Pressebrief NOZ – Zivilgesellschaftliches Engagement
Wir OMAS GEGEN RECHTS Osnabrück haben eine Presseanfrage der NOZ erhalten. Es hat Zeit und Mühe gekostet, die korrekten Antworten dazu auszuformulieren – aber nichts davon wurde schließlich gedruckt. Darum haben wir uns entschlossen, unseren Brief hier zu veröffentlichen:



Betr.: Unsere Antwort auf Ihre Anfrage zu den Aussagen von Herrn Middelberg in der NOZ

Sehr geehrte Frau XXX,

Sie beziehen sich vermutlich auf den in der NOZ erschienen Artikel v. 13.2.2025, in dem Herr Middelberg ankündigt, bundespolitische Förderungen für gemeinnützige Organisationen zu streichen bzw. scharf zu prüfen. In diesem Zusammenhang werden wir OMAS GEGEN RECHTS genannt.

Auch behaupten Sie, es habe schon öfter Querelen zwischen den OMAS GEGEN RECHTS Osnabrück und Herrn Middelberg gegeben. Uns ist nicht klar, worauf Sie sich hier beziehen. Können Sie uns bitte konkrete Anlässe nennen?

Herr Middelberg bezieht sich in besagtem NOZ-Artikel auf eine Anfrage der Af*, die diese im November letzten Jahres im Bundestag gestellt haben. Es ging darum, ob die OMAS GEGEN RECHTS Fördergelder erhalten (haben). Der Af* wurde mitgeteilt, dass die OMAS GEGEN RECHTS Gelder für projektbezogene Veranstaltungen (z.B. schulische Bildung) erhalten haben.

Hätten die NOZ und Herr Middelberg ihre Hausaufgaben gemacht und nicht die verkürzten bzw. falschen Nachrichten von NIUS und Bild-Zeitung übernommen, hätten sie erkennen müssen, dass die OMAS GEGEN RECHTS Osnabrück als Initiative im Deutschland-Bündnis organisiert sind. Wir gehören keinem Verein an und bekommen keinerlei Fördergelder.

Herr Middelberg übernimmt die Aussage der Af* ungeprüft und die NOZ verbreitet es weiter.

Ja, wir sind parteipolitisch neutral. Uns kommt es nicht darauf an, wo sich im demokratischen Parteienspektrum eine Partei selbst verortet, sondern wie sie politisch handelt.

Die Af* beschreibt sich selbst als Retter Deutschlands, als wahre Demokraten. Dass die Af*-Partei Mitglieder mit einer rechtsradikalen Gesinnung hat und mit Nazis gemeinsame Sache macht, ist auch in CDU-Kreisen bekannt.

Für uns OMAS GEGEN RECHTS gilt: Keine Zusammenarbeit mit Nazis!

Wer aber diese rote Linie überschreitet, so geschehen am 29.01.2025 im deutschen Bundestag, muss mit unserem Widerstand rechnen. Dabei bleiben sich die OMAS GEGEN RECHTS treu!

In den Raum zu stellen, die OMAS GEGEN RECHTS würden mit öffentlichen Geldern unterstützt, sehen wir als einen verzweiferten Versuch an, uns und die gesamte starke OMA-Bewegung zu diskreditieren. Das ist ein ganz schlechter Stil.

Wir werden weiterhin aktiv sein in so wichtigen Bereichen wie der Erinnerungskultur, gegen Rassismus und Antisemitismus, für Toleranz, Vielfalt, Freiheit und Menschenrechte.

Wie stellt sich Herr Middelberg eine demokratische Gesellschaft vor, in der zivilgesellschaftliches Engagement nicht mehr gefördert wird?

Ein demokratischer Staat sollte zivilgesellschaftliches Engagement respektieren, wertschätzen und finanziell unterstützen, ob in Vereinen, Parteien, Initiativen oder Institutionen.

Die Demokratie liegt uns am Herzen und für ihren Erhalt gehen bundesweit mittlerweile etwa 35.000 OMAS GEGEN RECHTS regelmäßig auf die Straße.

Mit freundlichen Grüßen, Orgateam der

OMAS GEGEN RECHTS Osnabrück

Kontakt: info@omasgegenrechts-os.de

Details zu den Fördergeldern befinden sich hier:
<https://omasgegenrechts-nord.de/2025/03/03/bundesweit-foerdergelder-zum-letzten-mal>

Link

Unsere Grundsätze

Wir sind eine zivilgesellschaftliche überparteiliche Initiative und im OMAS GEGEN RECHTS Deutschland-Bündnis organisiert. Wir mischen uns mit aller Stärke in den politischen Diskurs ein. Mit augenfälliger Symbolik erheben ältere Frauen, sogenannte OMAS, ihre Stimme zu den gefährlichen Problemen und Fragestellungen der heutigen Zeit. Willkommen sind aber auch OPAS, Kinder, Enkelkinder und Freund*innen.

**OMAS
GEGEN
RECHTS**

Es geht um die Erhaltung der parlamentarischen Demokratie in einem gemeinsamen Europa. Um den Einsatz für die gleichen Rechte aller in Deutschland lebenden Frauen, Männer und Kinder. Um die sozialen Standards, die von Eltern und Großeltern zum Teil bitter erkämpft wurden. Um den Respekt und die Achtung gegenüber anderen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, unabhängig von ihrer Religion, ethnischer Zugehörigkeit u.v.m.

Dabei müssen die bedrohlichen Entwicklungen wie Antisemitismus, Rassismus, Frauenfeindlichkeit und Faschismus erkannt, benannt und im Konkreten auch der politische Widerstand und die Bewusstseinsbildung organisiert werden.

Die ältere Frau als öffentliche politische Kraft ist nicht in unserem kollektiven Bewusstsein gespeichert. Deshalb treten die OMAS öffentlich auf, nicht als Einzelperson und Ausnahme, nicht als Star, sondern als Gruppe die auffällt. Heraustreten aus der eigenen „small world“ und eine gemeinsame starke Stimme für die Zukunft aller Kinder und Enkelkinder bilden, ist die Herausforderung der Stunde. Denn vielleicht werden sie uns eines Tages fragen: Was habt ihr getan?

Wir setzen uns ein für eine demokratische, rechtsstaatlich organisierte, freie Gesellschaft. Wir sind gegen faschistische Tendenzen, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Frauenfeindlichkeit, Homophobie, Sozialabbau, Ausgrenzungen von Behinderten, alten Menschen und Ausländer*innen. Und wir machen diesbezügliche Missstände in Politik und Gesellschaft mit geeigneten Methoden öffentlich.

Gerade jetzt – angesichts zunehmender rechter Tendenzen – ist es notwendig, einen Beitrag zu leisten. Es geht hier um Widerstand, um Ermutigung, Vernetzung und Sichtbar-Machen: **ALT SEIN HEISST NICHT STUMM SEIN!**

Grundsatztext von Monika Salzer (Österreich), bearbeitet von Anna Ohnweiler, Gerda Smorra und Frauke Licht

<https://omasgegenrechts-osnabrueck.de>



Foto:Omas gegen Rechts - Osnabrück

Was treibt Jugendliche zu den Blauen?

Renate Heise

Für die Stadt-AG

**Osnabrück-bunt
und solidarisch!**

Die Stadt-AG des Bündnisses „Osnabrück - bunt und solidarisch!“ will dem auf den Grund gehen.

Wie kann man extrem rechten Einstellungen und Verhaltensweisen unter Kindern und Jugendlichen entgegenwirken? Dieses Thema ist besonders aktuell durch den Stimmenzuwachs der AfD bei jüngeren Wählenden und durch ihre erschreckend wirksamen Einflüsse in Social Media.

Derzeit lotet die „Stadt-AG“ aus, ob ein stadtweiter Austausch „Kinder und Jugendliche stärken gegen extrem rechte Einflüsse“ mit unterschiedlichen Organisationen und Gruppen (Schulen, Vereinen, Jugendbündnissen usw.) nötig und hilfreich ist.

Aber: Lehrer*innen sind häufig schon überlastet durch den normalen Schulalltag. Gelingt es, eine „kritische Masse“ zu motivieren, so einen zusätzlichen Prozess mitzugestalten?

Die Treffen könnten allen, denen das Thema unter den Nägeln brennt, ein Forum bieten, in dem gute Ideen ausgetauscht, Probleme benannt und Lösungen entwickelt werden.

Der Gewinn für die Beteiligten wäre dann, voneinander zu lernen, gemeinsam mehr politischen Einfluss für die eigenen Anliegen zu gewinnen und zusätzliche Unterstützung durch Ehrenamtliche zu erreichen.

Einstieg könnte ein Workshop sein mit einem Impulsreferat von wissenschaftlicher Seite:

Was braucht es, um einen pädagogischen Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen zu gestalten?

Wo liegen eigene Ängste und Widerstände?

Wie kann man diese aufarbeiten, um eine professionelle Interaktion mit den betroffenen Jugendlichen zu gestalten?

Aktuell ist die AG aber noch mit den Vorarbeiten beschäftigt:

Der erste Schritt ist, dass die AG mit ihr bekannten Lehrer*innen und Schüler*innen spricht, um zu erfahren, wie sie die Situation an ihren Schulen einschätzen und wo sie Ursachen sehen für extrem rechte Einflüsse und rassistisches Verhalten. Welche Ideen und Perspektiven sie für ihre Schule haben und welche guten Projekte es bereits gibt.

Mit ähnlichen Fragen recherchiert die AG bei der Stadt, Schüler*innen-Vertretungen, Jugendorganisationen und Gemeinschaftszentren, bei Sportvereinen und Initiativen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Interessant sind die ganz konkreten Projekte, wie z.B. die von Jugendlichen der BBS Pottgraben organisierte Kampagne für saubere Schulklos und gute Klassenräume oder die Initiativen zur Unterstützung von Schüler*innen durch Lese- und Lernpatenschaften. Sind solche Erfahrungen von Selbstwirksamkeit, Wertschätzung und solidarischer Unterstützung geeignet, Kinder und Jugendliche gegen Einflüsse der extremen Rechten zu stärken? Was ist nötig, was gibt es schon und was fehlt?

Die Stadt-AG des Bündnisses ist voller Elan und möchte langfristig an dem Thema dranbleiben.

Über Verstärkung durch die Leser*innen der GEW-Zeitung würde sie sich sehr freuen!

Kontakt zur AG: stadt@osnabrueck-bunt-und-solidarisch.de

„Osnabrück – bunt und solidarisch“**Wer wir sind und was wir machen**

Das Bündnis „Osnabrück – bunt und solidarisch“ besteht seit Anfang 2024. Anlass für die Gründung waren die anstehenden Europawahlen im Juni und das Ziel, einem drohenden Stimmenzuwachs der AfD in unserer Stadt entgegenzuwirken.

Angestoßen wurde die Initiative von den lokalen Gruppen von Omas gegen Rechts, Seebrücke und Attac. Schnell vergrößerte sich der Unterstützerkreis um weitere Initiativen und Organisationen. Mittlerweile sind mehr als 40 Gruppen aus verschiedensten Bereichen der Osnabrücker Zivilgesellschaft dabei.

Parteien können als Organisation keine Unterstützer des Bündnisses sein, da wir uns als parteipolitisch unabhängig verstehen. Parteimitglieder, die unsere Ziele unterstützen, können aber selbstverständlich bei uns mitmachen.

Die eigentliche Arbeit von „Osnabrück – bunt und solidarisch“ wurde und wird von einem Aktivenkreis von 20 bis 30 Menschen geplant, die zum Teil aus den beteiligten Organisationen kommen, teilweise auch als Einzelpersonen mitmachen. An größeren Aktionen nehmen punktuell aber wesentlich mehr Menschen teil.

Aktiv zu den letzten Wahlen

Zu den Europawahlen haben wir eine erste Kampagne unter dem Titel „Herz statt Hetze“ organisiert. Dabei fokussierten wir uns bewusst auf zehn Stadtteile, in denen die AfD bei vorangegangenen Wahlen besonders viele Stimmen bekommen hat. Mit über 30.000 Flyern, die wir flächendeckend als Hauswurfsendung verteilten, mit Plakaten und Aufklebern haben wir dazu aufgerufen, nicht die AfD zu wählen. An Infoständen vor Einkaufszentren, Schulen und auf Wochenmärkten sind wir mit sehr vielen Menschen ins Gespräch gekommen.

Ähnlich sind wir bei den vorgezogenen Bundestagswahlen vorgegangen. Unter dem Motto „Solidarisch wählen“ verbreiteten wir wieder einen Wahlaufwurf gegen die AfD. Diesmal legten wir aber einen größeren Schwerpunkt auf positive Ziele, für die wir als Bündnis eintreten: für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, für den Schutz geflüchteter Menschen, für wirksamen und sozial gerechten Klimaschutz, für demokratische Teilhabe und solidarisches Zusammenleben aller Menschen. Da die Wahlkampfzeit diesmal viel kürzer war, haben wir uns auf das Verteilen von Flyern konzentriert und konnten dank vielfältiger Unterstützung noch mehr Stadtteile abdecken. Wir haben uns an der großen Kundgebung Mitte Februar vor dem Dom sowie an anderen Demos und Kundgebungen beteiligt und mit vielen Bürger*innen Gespräche geführt.

Und so geht es jetzt weiter. Kampagne „Solidarische Stadt“

Leider ist festzustellen, dass es trotz unserer (und anderer) Aktivitäten nicht verhindert werden konnte, dass die AfD von Wahl zu Wahl mehr Stimmen bekommen hat. In manchen Quartieren liegt sie inzwischen bei 25 bis 30 %. Wir ziehen daraus die Konsequenz, dass das Verteilen von Flugblättern oder Demonstrationen nicht ausreichen, um dem Erstarken der AfD und dem wachsenden Einfluss rechtsextremer Tendenzen etwas entgegenzusetzen. Mit der Kampagne „Solidarische Stadt“ arbeiten wir weiter gegen alle extrem rechten Positionen und den Rechtsruck der politischen „Mitte“. Gemeinsam mit möglichst vielen Bündnispartnern möchten wir eine kontinuierliche Basisarbeit in einzelnen Stadtteilen und an Schulen entwickeln. Wer daran interessiert ist, ist herzlich eingeladen, mit uns Kontakt aufzunehmen und unsere Aktivitäten stärker zu machen.

Kontakt: stadt@osnabrueck-bunt-und-solidarisch.de | Stefan Wilker, 0171/6450498



Foto: Bündnis „Osnabrück – bunt und solidarisch“

Rechtsextremismus in Deutschland

Im Jahr 2024 gab es in Deutschland insgesamt geschätzt rund 50.300 Rechtsextremisten. Damit erreichte das Rechtsextremisierungspotenzial einen erneuten Höchststand im Betrachtungszeitraum, nachdem es schon in den Vorjahren kontinuierlich gestiegen war - allein im Vergleich zum Vorjahr wuchs es um circa 24 Prozent.

Jahr	In Parteien	In parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen*	Weitgehend unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial**	Insgesamt (nach Abzug von Mehrfachzuordnungen)
2024	25.000	8.500	18.000	50.250
2023	16.300	8.500	17.000	40.600
2022	15.500	8.500	16.000	38.800
2021	11.800	8.500	15.000	33.900
2020	13.250	7.800	13.700	33.300
2019	13.330	6.600	13.500	32.080
2018	5.510	6.600	13.240	24.100

* Hierzu zählen der Teil der rechtsextremistischen „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“, der in überregionalen Strukturen organisiert ist, sowie das Personenpotenzial der Beobachtungsobjekte „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD), „COMPACT-Magazin GmbH“, „PI-NEWS“, „Institut für Staatspolitik“ (IfS), „Ein Prozent e.V.“ und „Antaios-Verlag“ (Verdachtsfall).

** Hierzu zählt der Teil der rechtsextremistischen „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“, der keiner festen Struktur zuzurechnen ist.

Was ist Extremismus?

Kennzeichnend für Extremismus sind einerseits ein hohes Maß an Dogmatismus, andererseits ein ausgeprägtes Missionsbewusstsein. Als extremistisch wird eine Handlung dann bezeichnet, wenn sie mit der Intention ausgeführt wird, die Gültigkeit der staatlichen Verfassung in den Bereichen außer Kraft zu setzen, beziehungsweise zu beseitigen, die die Grundsätze einer freiheitlichen Demokratie gewährleisten. Extremistische Straftaten bilden dabei einen Teilbereich der von den Behörden als politisch motivierte Kriminalität (PMK) bezeichneten Straftaten.

Seit der Wiedervereinigung 1990 hat sich das Spektrum des Rechtsextremismus in Deutschland diversifiziert und radikalisiert. Im Jahr 2024 wurden in Deutschland insgesamt rund 57.700 Straftaten mit extremistischem Hintergrund polizeilich erfasst. Damit stieg ihre Zahl das sechste Jahr in Folge und auf einen deutlichen Höchststand, circa 46 Prozent über dem Vorjahr. Den größten Anteil hatten rechtsextremistische Delikte, die mit etwa 37.800 Taten fast zwei Drittel aller Fälle ausmachten. Das häufigste Delikt war dabei Propaganda; es gab jedoch auch circa 1.280 Gewalttaten, vor allem Körperverletzungen.

Quelle: <https://de.statista.com>

GEW

*Die erste Adresse,
wenn es um Bildung geht.*

**fair
childhood**
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

Sozialer Antifaschismus: Ohne Gewerkschaften geht es nicht Dr. Katrin Mohr*

Können oder müssen Gewerkschaften Teil einer antifaschistischen Sammlungsbewegung sein?

Die Antwort lautet dreimal „Ja“! Im Institut Solidarische Moderne (ISM) wird aktuell eine Debatte darüber geführt, ob und wie angesichts der Bedrohungen der demokratischen, ökologischen und ökonomischen Lebensbedingungen und der nach rechts verschobenen Kräfteverhältnisse eine Offensive ins Progressive und über die Abwehrkämpfe unserer Zeit hinaus denkbar ist. Dabei stellt sich auch die Frage, ob und wenn ja wie Gewerkschaften Teil einer antifaschistischen Sammlungsbewegung sind, sein müssen, sein können.

Um es vorwegzunehmen: Die Antwort lautet dreimal ja: Erstens sind sie es bereits, weil sie vielfach gegen rechte Tendenzen aktiv sind (1). Sie müssen es zweitens (2) sein, weil sie Menschen erreichen können, die von anderen gesellschaftlichen Akteuren kaum mehr erreicht werden. Und drittens (3): Ja, sie können – ja, müssen – Teil einer gesellschaftlichen „Allianz eines sozialen Antifaschismus“ (Candeias[1]) sein, da sie immer noch die Machtressource von Millionen Mitgliedern besitzen und dieses Gewicht in die Waagschale einer antifaschistischen Allianz werfen können, deren einendes Projekt eine antifaschistische Wirtschaftspolitik sein könnte.

1. Gewerkschaften sind vielfältig aktiv gegen rechts

Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist zu einem zentralen Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit geworden. Sei es im Kampf gegen rechte Listen bei Betriebsratswahlen, in der direkten inhaltlichen und emotionalen Unterstützung von Betriebsräten und Aktiven im Betrieb, in kritischen Situationen oder in Austausch- und Vernetzungstreffen bietet etwa die IG Metall vielerlei Unterstützungsangebote, Argumentationsmaterial und Handreichungen. Schnelle, sprachlich einfache und aktuelle Informationen etwa „Warum die AfD keine Partei für Beschäftigte ist“ erreichen hohe Abrufzahlen und werden gut genutzt. Über eine angemessene



Foto: IG Metall/Susie Knoll

sene und wirksame Kommunikation in sozialen Medien pro Demokratie wird gleichzeitig versucht, vor allem jüngere Mitglieder zu erreichen. Seitens der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit werden u.a. sog. Demokratiekämpfer*innenausbildungen angeboten, die betrieblich aktive Kolleg*innen handlungsfähig machen sollen. Des Weiteren haben sich DGB und Einzelgewerkschaften an verschiedenen Bündnissen und Demo-Aufrufen beteiligt, etwa Anfang 2024 nach Bekanntwerden der Correctiv-Recherchen zu Remigrationsplänen der extremen Rechten oder vor der Europawahl.

Immer wieder zeigen Gewerkschaften klare Haltung gegen rechts, bleiben aber dabei nicht stehen, sondern kommunizieren ein eigenes positives Zukunftsbild einer sozial-ökologisch ausgerichteten Wirtschaft, von guter, tariflich geregelter Arbeit und einem solidarischen, zukunftsfesten Sozialstaat, der Sicherheit im Wandel bietet. Sie machen damit Alternativangebote für eine positive Zukunft. Teil dessen ist auch die Sichtbarmachung von Vielfalt als Stärke – sei es in der Gesellschaft insgesamt oder in einer Einwanderungsgewerkschaft wie der IG Metall.

2. Kampf um Köpfe und materielle Lebensbedingungen

Bei der Bundestagswahl haben 38 Prozent der Arbeiter*innen und 29 Prozent der Menschen mit geringer Bildung AfD gewählt. Diese Menschen werden von den Parteien links der Mitte oder sozialen Bewegungen kaum mehr erreicht.^{1[2]}

Gewerkschaften und insbesondere Industrie- und Gewerkschaften wie die IG Metall können sie noch

* Katrin Mohr ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet als politische Sekretärin im Bereich Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik beim Vorstand der IG Metall. Zuvor war sie als Referentin und Koordinatorin im Bereich Sozialpolitik für DIE LINKE im Deutschen Bundestag tätig. Ihre Schwerpunktthemen sind Zukunftsfragen der Erwerbsarbeit, des Sozialstaats und der sozial-ökologischen Transformation.

eher erreichen als andere gesellschaftliche Akteure, weil viele Produktionsbeschäftigte bzw. Arbeiter*innen und Menschen mit einfachen oder mittleren Qualifikationen bei ihnen organisiert sind, sie im Betrieb und in den Strukturen vor Ort direkt mit den Mitgliedern arbeiten und als Gewerkschaften deutlich mehr Vertrauen genießen als Parteien. Diesen Zugang nutzen Gewerkschaften auf vielfältige Weise und versuchen, den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen, zeigen zugleich aber klare Haltung gegen Hass und Hetze.



Foto: Institut Solidarische Moderne

Das ist nicht nur eine Frage der gewerkschaftlichen Grundwerte von Solidarität, Menschenwürde und Respekt für alle, sondern auch der Verantwortung und des Eintretens für die Interessen ihrer vielen Mitglieder mit Migrationshintergrund.²[3]

Gewerkschaften wie die IG Metall führen den Kampf gegen die Rechtsverschiebung und die Bedrohung von sozialen und emanzipatorischen Errungenschaften aber nicht nur um die Köpfe ihrer Mitglieder, sondern auch um deren materielle Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven.

Dass das dringend nötig ist zeigen sowohl die Ergebnisse der Bundestagswahl als auch verschiedene empirischen Studien: Wählende mit schlechter wirtschaftlicher Situation gaben mit Abstand am häufigsten der AfD ihre Stimme und ihr Anteil hat seit 2021 deutlich zugenommen.³[4] AfD-Wählende bezeichnen auch die aktuelle wirtschaftliche Lage in Deutschland insgesamt als deutlich schlechter und empfinden deutlich häufiger, dass es in Deutschland eher ungerecht zugeht als Wählende anderer Parteien. 71 Prozent der AfD-Wählenden geben an, Sorgen vor Altersarmut zu haben.

Auch aus der empirischen Sozialforschung kommen verschiedene Belege dafür, dass Angst vor sozialem Abstieg und Wohlstandsverlusten bzw. Verunsicherung durch die Transformation empfänglich für Rechtsextremismus machen:

So haben mehrere Erhebungen der Hans-Böckler-Stiftung[5] gezeigt, dass Verunsicherungen angesichts gesellschaftlicher Wandlungsprozesse sowie Angst vor Abstieg und Statusverlust die Empfänglichkeit von Beschäftigten für anti-demokratische Einstellungen erhöhen.

Nach einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft[6] (iw) erzielt die AfD in Industrieregionen, die von der Transformation in Form von Dekarbonsierung und Digitalisierung betroffen sind, was für viele Beschäftigte mit starker Verunsicherung, wenn nicht gar Bedrohung ihrer beruflichen Existenz einhergeht, die höchsten Ergebnisse.

Kürzlich hat das Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung[7] auch einen Zusammenhang zwischen Mieten und AfD-Sympathie gefunden: Demnach erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass einkommensschwache Mieter*innen in Befragungen die AfD unterstützen, um bis zu vier Prozentpunkte, wenn die durchschnittlichen Mieten in der Nachbarschaft um einen Euro pro Quadratmeter steigen. Dies gelte auch für Menschen, die von den Mieterhöhungen persönlich bislang gar nicht direkt betroffen seien. Diese Befunde bekräftigen die Analyse von Isabella Weber[8] und die Notwendigkeit einer antifaschistischen Wirtschaftspolitik: Wenn sich die Menschen – gezeichnet von mehreren Jahrzehnten Neoliberalismus – nicht mehr die lebensnotwendigen Güter leisten können, wenn sie unter ökonomischen Krisen, sozialem Abstieg und Wohlstandsverlusten leiden, verlieren sie das Vertrauen in die politisch-soziale Ordnung und wenden sich rechten Parteien zu.

3. Whatever you call it: Antifaschistische Wirtschaftspolitik als gemeinsamer Nenner

Um die Kräfte links der Mitte zu bündeln, wieder hegemoniefähig zu werden und einen Wahlsieg der AfD im Bund 2029 zu verhindern, braucht es eine breite Allianz des sozialen Antifaschismus

aus Parteien, Gewerkschaften, NGOs, sozialen Initiativen und Bewegungen. Gewerkschaften müssen selbstverständlich Teil dieser Allianz sein. Denn sie besitzen immer noch die Machtressource von Millionen Mitgliedern⁴[9] und Zugänge zu den Beschäftigtengruppen, die durch materielle Sorgen und wirtschaftliche Verunsicherung besonders empfänglich für die Botschaften und vermeintlichen Lösungen der AfD sind. Gewerkschaften können immer noch Menschen in Größenordnungen auf die Straße bringen, wenn sie entsprechend mobilisieren, und sie haben einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Politik. Dieses Gewicht gilt es, in die Waagschale einer antifaschistischen Allianz zu werfen.

Dazu müssen Gewerkschaften in Allianzen eingebunden werden – und sich einbinden lassen. Sie müssen sich auf breite Bündnisse auch mit Partner*innen einlassen, die ihnen vielleicht manchmal zu klein, zu sehr Nische sind, zu radikal erscheinen und nicht glauben, sie könnten alles aus eigener Kraft oder über privilegierte Zugänge zu manchen Parteien lösen. Gerade in einer Regierung, die von einer nicht nur in migrationspolitischen Fragen immer weiter nach rechts rückenden Union geführt wird, dürfte dies nicht weit führen. Um eine weitere Rechtsverschiebung zu verhindern, gilt nicht nur für Parteien, sondern für alle gesellschaftlichen Akteure progressiven Zusammenhalt zu wagen (Beitrag Karoline Otte[10])!

Dieser darf sich jedoch nicht nur auf einen Minimalkonsens der Verteidigung der Demokratie gründen. Denn „Demokratie lässt sich nicht durch Diskussionen über ihre Rettung bewahren. Sie kann nur durch eine Politik gesichert werden,

Dieser Artikel erschien am 2. Juli 2025 auf der Website des Instituts Solidarische Moderne. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Verfasserin und des Instituts Solidarische Moderne.

<https://www.solidarische-moderne.de/de/article/733.sozialer-antifaschismus-ohne-gewerkschaften-geht-es-nicht.html>

- 1 Auch Gewerkschaftsmitglieder haben mit 21,8 Prozent leicht überproportional AfD gewählt, was hauptsächlich ein Korrelat anderer sozio-demografischer Faktoren wie Berufsstatus und Bildung sein dürfte.
- 2 Allein in der IG Metall sind mehr als 500.000 Menschen mit Migrationshintergrund organisiert.
- 3 Geführt wird die Sorgenliste allerdings von der Sorge, „dass zu viele Fremde nach Deutschland kommen“ (s. ARD-Wahlanalysen zur Bundestagswahl 2025).
- 4 Die Mitgliedsgewerkschaften des DGB verzeichneten 2024 5,6 Mio. Mitglieder, die IG Metall 2,1 Mio.
- 5 Dieser Begriff mag in Frankreich funktionieren, für Deutschland halte ich ihn für geschichtlich verbrannt und zu stark von rechts vereinnahmt, als dass er eine positive Umdeutung erfahren könnte.

Links:

[1] <https://www.solidarische-moderne.de/de/article/726.allianz-eines-sozialen-antifaschismus-kein-kartell-der-parteien.html>

[2] <https://www.solidarische-moderne.de/#sdfootnote1sym>

[3] <https://www.solidarische-moderne.de/#sdfootnote2sym>

die ein gutes Leben für alle mit wirtschaftlicher Stabilität und Sicherheit gewährleistet.“ (Weber/Scholle 2025).

Ob man das nun Volksfront⁵[11], sozialen Antifaschismus oder antifaschistische Sammlungsbeziehung nennt: Kern einer solchen Politik muss eine „antifaschistische Wirtschaftspolitik“ sein, die „dem realen sozioökonomischen Abstieg und den Abstiegsängsten vieler Menschen eine Lösung anbietet, die ihr Leben besser macht.“ (ebd.)

Eine solche Wirtschaftspolitik beinhaltet laut Weber/Scholle eine Reihe von staatsintervenierenden Maßnahmen – wie Preisdeckel für Energie, Miete und Lebensmittel, Reform der Schuldenbremse, Übergewinnsteuer, Vermögenssteuer, gerechte Lohn- und grüne Industriepolitik, usw. – die Bedürfnisse und Sorgen der breiten Bevölkerung adressieren und für einen wirtschaftspolitischen Katastrophenschutz in Krisenzeiten, eine stärkere Umverteilung und soziale Sicherheit sorgen. Es geht bei ihr aber auch zentral darum, der AfD das Monopol über Alternativen zum Status Quo zu nehmen, Sorgen und Nöte ernst zu nehmen und klare, gangbare Auswege aufzuzeigen, die eine bessere Zukunft vorstellbar machen – das Ganze in verständlicher Ansprache und auf Augenhöhe.

Eine antifaschistische Wirtschaftspolitik in diesem Sinne könnte ein bündnisfähiges und einendes Projekt sein, hinter dem sich viele Akteur*innen aus einem breiten gesellschaftspolitischen Spektrum versammeln könnten. Lasst uns ein solches Projekt in den Mittelpunkt des Kampfes um unsere Demokratie stellen!

[4] <https://www.solidarische-moderne.de/#sdfootnote3sym>

[5] https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008256

[6] https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2023/IW-Kurzbericht_2023-AfD-Transformation.pdf

[7] <https://www.fundresearch.de/nachrichten/2025/01/wahl-2025-studie-sieht-zusammenhang-zwischen-mieten-und-afd-sympathie-487121.php#:~:text=Bei Mietern mit niedrigen Einkommen wächst laut einer,wenn die Mietpreise in ihrem städtischen Wohngebiet ansteigen.>

[8] <https://www.surplusmagazin.de/weber-antifaschistische-wirtschaftspolitik-wahl>

[9] <https://www.solidarische-moderne.de/#sdfootnote4sym>

[10] <https://www.solidarische-moderne.de/de/article/728.faschismus-verhindern-progressiven-zusammenhalt-wagen.html>

[11] <https://www.solidarische-moderne.de/#sdfootnote5sym>

Schüler lernen aus Freude! Lehrkräfte ohne Druck! In Deutschland?? „Unterricht ist aller Übel Anfang“

Bernd Glösenkamp



Unterricht ist Zeitverschwendung"

Foto: Alemannenschule

„Unterricht ist aller Übel Anfang“, so lautet der Leitspruch der Alemannenschule in Wutöschingen (Schwarzwald).

Realität am Bodensee. Mitten im Ort die Aluminiumwerke und die Schule. Drum herum 7.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Viele schufteten im Werk.

Stefan Ruppaner, Schulleiter dieses „Schulwunders“, hat es initiiert. Anfang Februar 2025 nahm er seine Zuhörerschaft in der Oberschule in Melle mit auf eine Reise zu diesem „Schulwunder“.

Im Jahr 2004 wurde Stefan Ruppaner Schulleiter einer Hauptschule im Niedergang. Leidenschaftlich ringt das Kollegium um die Konzipierung eines Leitbildes für diese Schule: Ehrlich werden über die eigene Haltung zu Schülerinnen und Schülern. Nach intensiven 18 Monaten der Konsens: Als Lehrkräfte begegnen wir jeder Schülerin und

jedem Schüler auf Augenhöhe!

Das Leitbild der Alemannenschule lautet seitdem: **Unterricht ist aller Übel Anfang!**

Die Folge: Radikaler Wandel des Lernens! Unterricht: abgeschafft; Langeweile im Unterricht: nie wieder; Klassen: aufgelöst. Hausaufgabenstress: unbekannt; Schülerschaft: lernbegierig; Eltern: erleichtert; Lehrkräfte: gesund. Stefan Ruppaner nennt die Schlagworte der grundlegenden Veränderung des Lernens: die Haltung der Lehrkräfte, die „Schmetterlingspädagogik“, das „selbstorganisierte Lernen“ und das „Lernen durch Erleben“.

Das Tablet wird ab sofort Grundmedium für alle Lerninhalte und für die verpflichtenden Kompetenzraster. Die Kommunikation zwischen Schülerschaft, Kollegium und Eltern findet mit dem Tablet statt. Dies gelingt sehr gut. Elterngespräche

werden ergänzend angeboten.

Die Gemeinde Wutöschingen unterstützt die neue Lernkultur mit neuen „Lernhäusern“, in denen unterschiedliche Jahrgänge in großer Ruhe lernen. Die „Hausschuhkultur“ trägt entscheidend dazu bei.

2024 verließ Stefan Ruppaner diese Gemein-

schaftsschule mit über 900 Schülerinnen und Schülern. Sogar mit einer Oberstufe! Auf den ersten Abiturjahrgang 2023 ist Stefan Ruppaner sehr stolz. Er hatte besser abgeschnitten als der Durchschnitt in Baden-Württemberg.

Bernd Glösenkamp ist Pädagogischer Seminarleiter i.R.

Jahreshauptversammlung mit Wahlversammlung 2024 25. März 2025 im Hans-Böckler-Raum des Gewerkschaftshauses Henrik Peitsch

Bei der am 25. März stattgefundenen Jahreshauptversammlung haben leider nur wenige Mitglieder des Kreisverbandes teilgenommen. Das Sprecherteam des KV konnte wegen Erkrankungen auch nicht teilnehmen.

Der Vortrag von Stefan Störmer

Als Gast nahm Stefan Störmer – Landesvorsitzender der GEW Niedersachsen – teil. In der kleinen Runde diskutierten die Teilnehmenden mit ihm aktuelle bildungspolitische Herausforderungen sowie die erfolgten resp. geplanten Maßnahmen und Aktionen der Landesregierung: „Gute Bildung braucht gute Politik: Zukunft der Bildung – Bildung der Zukunft in Niedersachsen“

Stefan bemängelte in seinem Vortrag, dass trotz einer eher positiven Einschätzung gegenüber der Kultusministerin, ein mangelndes Verständnis der Landesregierung über die aktuelle Situation an den Schulen bestände. Ein wesentliches Defizit existiere in der Beurteilung der notwendigen Sprachförderung der Kinder mit Migrationsgeschichte. Hierbei werde der sehr diverse kulturelle Unterschied der Kinder nicht ausreichend beachtet. Die große Heterogenität der Schülerschaft werde bei der Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen nicht berücksichtigt. Dadurch werden die Kolleginnen und Kollegen zusätzlich belastet, ihnen stehe weder die Zeit noch die dringend erforderliche Unterstützung für ihre pädagogische Arbeit zur Verfügung. Weder Ausbildung – 1. und 2. Phase – noch Fortbildung böten hier eine hinreichende Kompetenzvermittlung. Dringend erforderlich sei eine Reform der Lehr- amtsausbildung. Sie sei nicht praxistauglich und müsse dringend reformiert werden (Lehrkräfte- trichter – 40% brechen die Ausbildung ab und 50% erhielten keine Planstelle. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: *Der Lehrkräftetrichter*: <https://www.stifterverband.org/lehrkraeftetrichter>).

Ein weiteres Problem sei insbesondere in Bezug auf die Aufnahme von Kindern aus Krisengebieten die Verbreitung fremdenfeindlicher und rechtsextremer Orientierungen bei vielen Jugendlichen.

Stefan verwies darauf, dass zudem die bestehende Schulstruktur – Mehrgliedrigkeit, fehlende demokratische Binnenstruktur, Arbeitsbelastung der Kolleg*innen – die pädagogische Arbeit erheblich erschwere, zumal weitere Herausforderungen von der Schule zu bewältigen seien: die Einführung des Ganztagsangebots an Grundschulen – fehlende Mensen für Mittagessen, Betreuung der Kinder am Nachmittag statt Unterricht, Digitalisierung, Informationsschwemme, soziale Medien und Inklusion. Insbesondere die bildungspolitische Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention von 2006 scheitere im Schulalltag an den unzureichenden Ressourcen.

Zum Schluss benannte Stefan aber auch positive Entwicklung der Praxis:

- Die Max-Brauer-Schule in Hamburg: <https://www.maxbrauerschule.de>
- Ernst-Reuter-Schule Pattensen (KGS): <https://erspattensen.de>
- Grundschule am Lerchenberg in Wesendorf: <https://wordpress.nibis.de/gsalwes>

Stefan bot an, bei seinem nächsten Besuch in Osnabrück Schulen zu besuchen.

Aktueller Nachtrag: Am 24. September wird Stefan die Friedensschule und das Montessori-Bildungshaus im Landwehrviertel besuchen.



Impressionen der Jahreshauptversammlung mit Wahlversammlung 2024



Fotos: privat

Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes

Im Jahr 2024 beschränkten sich die Aktivitäten der Vorstandsmitglieder auf die nachfolgenden Tätigkeiten. Leider sind einige Mandate im Vorstand nicht besetzt. Es besteht deshalb die dringende Notwendigkeit, dass sich Mitglieder für die Mitarbeit im Vorstand einbringen.

- Teilnahme an den Bezirks- und Landesvorstandssitzungen
- Teilnahme an Sitzungen des DGB
- Kreisvorstandssitzungen einmal monatlich
- Herbstschulung für Schulpersonalräte
- Ehrung der Jubilare
- Gespräche mit Vertreterinnen des Osnabrücker Kita Stadtteilernrates
- Beratung von Kolleg*innen
- Treffen mit den neuen Mitgliedern im November 2024
- Beteiligung am Bürgerfest der Stadt und am Fest der Kulturen mit einem Info-Stand
- Teilnahme an den Sitzungen des Beirates der Kooperationsstelle Hochschulen-Gewerkschaften
- Erstellung des PAUKOS – 2 Ausgaben
- Erstellung einer neuen Website (gemeinsam mit dem Bezirk)
- Produktion von Podcasts zur Europawahl mit Wencke, IGMetall, verd.i, Vertreter des Schülerparlaments und Prof'in Andrea Lenschow von der Uni Osnabrück



<https://www.osradio.de/europe-direct-landkreis-osnabrueck>

Wahlversammlung

Die Wahlversammlung wurde von der Kollegin Gerburg Hellkuhl geleitet.

Für den Vorstand wurden folgende Kolleg*innen gewählt, die auch ihre Wahl annahmen:

- **Sprecherteam:**
 - Katharina Kosubek
 - Andreas Röhl
 - Gaby Uthmann
- **Öffentlichkeitsarbeit:**
 - Henrik Peitsch
- **AG Arbeitsschutz:**
 - Andreas Kroop
- **Kassenführung:**
 - Matthias Schulhof

Dem neuen Vorstand gehören zwei neu Mitglieder an: Katharina Kosubek und Andreas Kroop. Beiden Neuen herzliche Glückwünsche und vielen Dank für ihre Bereitschaft zur Mitarbeit.

Mitgliederstruktur - 8/2024

Alter

	absolut	%
bis 30	117	15,9
31 bis 49	277	37,5
50 bis 60	133	18,0
61 bis 67	83	11,2
über 67	128	17,3
	738	

Die Mitgliederstruktur des Kreisverbandes zeigt, dass in den nächsten fünf Jahren ca. 15% der Kolleginnen und Kollegen wegen Erreichung der Altersgrenze aus dem aktiven Dienst ausscheiden werden. Vorausgesetzt, sie gehen nicht vorzeitig in den Ruhestand. Seit 2018 hat die Anzahl der Mitglieder im Bezirk Weser-Ems in einer beachtlichen Größenordnung abgenommen, durch Austritte – insbesondere nach Eintritt in den Ruhestand – und durch zu geringe Neueintritte. Nur wenige Kreisverbände konnten neue Mitglieder verzeichnen – auch in unserem Kreisverband erfolgten 31 Neuaufnahmen. Allerdings werden diese neuen Mitglieder die zu erwartenden Austritte im Bezirk nicht ausgleichen.

hepe

Mitgliederstruktur - 8/2024 Beschäftigungsverhältnisse

Beschäftigungsverhältnis	Anzahl	%	Summiert
Verbeamtete LK Vollzeit	182	24,6	
Verbeamtete LK Teilzeit	113	15,2	
Angestellt LK	119	16,1	
Honorkräfte	4	0,5	56,4
Pensionäre	114	15,4	
Rentner	22	3,0	18,4
Referendare	60	8,1	
Studierende	107	14,4	
Arbeitslose	20	2,7	25,2
	741	100,0	

Mitstreiterinnen und Mitstreiter gesucht!

Die GEW ist eine **Mitmachgewerkschaft**. Die tägliche Arbeit als Interessenvertretung in den Personalräten und gegenüber der Politik und anderen Verbänden kann für alle Kolleginnen und Kollegen nur dann wirkungsvoll geleistet werden, wenn wir auch personell eine starke Gewerkschaft sind. Es ist deshalb im Interesse aller Beschäftigten im Bildungsbereich wichtig, dass wir neue Mitglieder werben und sich viele Mitglieder an der ehrenamtlichen Arbeit in unserem Kreisvorstand der GEW vor Ort aktiv beteiligen.

Deshalb unsere Bitte: **Werdet aktiv!** Interessierte Kolleginnen und Kollegen melden sich bitte telefonisch: 0541/259620 oder per Mail: gew-osnabrueck@t-online.de

Unsere neuen Vorstandsmitglieder

Andreas Kroop – AG Arbeitsschutz

Meine Nische in der GEW sehe ich insbesondere im Bereich des Arbeitsschutzes und der Arbeitszeiterfassung.

Auch wenn unser Arbeitgeber nicht in der Lage sein sollte, eine verlässliche Arbeitszeiterfassung in den Schulen zu installieren, sollte uns das nicht davon abhalten, unsere Arbeitszeit lückenlos zu erfassen und der Schulleitung zur Verfügung zu stellen. Denn nur über eine vollständige Arbeitszeiterfassung besteht die Chance unsere Überstunden vergütet zu bekommen.



Foto: privat



Katharina Kosubek – Sprecherteam

Engagiert für faire Arbeitsbedingungen und kritische Bildung

Ich bin Katharina Kosubek, Lehramtsstudentin für Deutsch und Geschichte an der Universität Osnabrück und Projektreferentin im Projektreferat TV Stud der Uni Osnabrück. Dort setze ich mich für bessere Arbeitsbedingungen studentischer Beschäftigter ein – insbesondere für einen Tarifvertrag, der faire Löhne, soziale Absicherung und Mitbestimmung garantiert.

In der GEW engagiere ich mich für eine demokratische und gerechte Bildungspolitik. Ein Schwerpunkt meiner Bildungsarbeit liegt auf der Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Verschwörungsideologien und autoritären Tendenzen. In Workshops und Veranstaltungen möchte ich Räume schaffen, in denen junge Menschen zum Nachdenken, Diskutieren und politischen Handeln angeregt werden.

Foto: privat

Neben der gewerkschaftlichen Arbeit bin ich hochschulpolitisch aktiv und setze mich für mehr Bildungsgerechtigkeit, eine kritische Wissenschaft und solidarische Lernräume ein.

„Doch rückblickend wird klar: Die Vorstellung, Russland wolle ernsthaft Teil Europas werden, war wohl ein westlicher Trugschluss. Anscheinend war Gorbatschows Idee vom ‚gemeinsamen Haus Europa‘ nur ein Projekt der politischen Eliten in Moskau, getragen von einem kleinen Kreis in den Großstädten – aber nicht von der breiten Gesellschaft der Sowjetunion. Was wir heute erleben, zeigt: Die Idee, europäisch zu leben, war nie populär. Sie hat nie die Massen euphorisiert. Es ging nie um die europäischen Werte oder die europäischen Vorstellungen, wie man nach zwei großen, furchterlichen Kriegen auf dem Kontinent zusammenleben könnte, und das gleichberechtigt zwischen großen und kleinen Völkern. Es ging darum, europäisch zu konsumieren, ja – aber nicht europäisch zu denken.“

Der Journalist und Autor Andrey Gurkov in einem Gespräch mit Michael Hesse: „Die Idee, europäisch zu leben, war in Russland nie populär“ in Frankfurter Rundschau vom Samstag, 9. 8. 2025, S 8ff

Gesprächskreis GEW-Lehrkräfte

Ein erster Versuch, einen zwanglosen Austausch zu initiieren, konnte leider nicht realisiert werden. Interessierte Lehrkräfte können ihr Interesse an einem Termin für einen „Stammtisch“ gerne der GEW-Geschäftsstelle mitteilen. Bei Interesse bitte per Mail anmelden. Danke!

gew-osnabrueck@t-online.de

Bernd Glösenkamp

Unsere Jubilarinnen und Jubilare 2025

50 Jahre

Peter Befeldt
Friedr.-Wilhelm Hollmann
Ursula Meier
Marlene Pape
Frank Pfeifer
Michael Rott
Dr. Rainer Schiemann
Norbert Vogelsang

40 Jahre

Jens Gauer
Diana Gergenji
Ellen Schoppmeier

25 Jahre

Martina Böge
Birgit Jäger
Claudia Lühker
Thomas Westhoff
Marion Wübker

*Wir bedanken uns bei allen Jubilarinnen und Jubilaren
für die langjährige Treue und Unterstützung.*

*Eine Gewerkschaft kann nur dann erfolgreich wirken,
wenn sie stark ist und treue Mitglieder hat.*

Die Einladung für die Ehrung unserer Jubilarinnen und Jubilare erfolgt sehr zeitnah!

Arbeitszeiterfassung für Lehrkräfte durch das Land – jetzt!

Henrik Peitsch

„Die empirische Begründung für eine vollständige Arbeitszeiterfassung bei den Lehrkräften liefert eine Vielzahl von Studien, die über Jahrzehnte zu vergleichbaren Ergebnissen kommen: Die Mehrheit der Lehrkräfte in Deutschland arbeitet seit Jahrzehnten oberhalb arbeitszeitrechtlicher und tariflicher Normvorgaben (ein relevanter Teil oberhalb der gesetzlichen Arbeitsschutznormen). Dabei leisten Teilzeitkräfte überproportional viel Mehrarbeit. Eindeutige Evidenzen weisen ferner darauf hin, dass zeitliche Fehlbeanspruchungen auch mit physischen und psychischen Fehlbeanspruchungen einhergehen. Für die pädagogische Kernaufgabe des Unterrichtens steht immer weniger Zeit zur Verfügung, während „außerunterrichtliche“ Tätigkeiten deutlich mehr Raum einnehmen.“¹

Mit einem Urteil hat das Obergerverwaltungsgericht in Lüneburg² festgestellt, dass die Arbeitszeit von Lehrkräften erfassbar ist. Die Landesregierung ist damit im Grunde verpflichtet – Fürsorgepflicht (!) – die tatsächliche Arbeitszeit zu erfassen und Mehrarbeit zu entschädigen. Eine Kollegin hatte mit Unterstützung der GEW dieses Urteil erstritten und eine Nachzahlung zugesprochen bekommen. Sie war als Schulleiterin tätig. Der Landesverband überprüft nun, inwieweit dieses Urteil auf alle Lehrkräfte übertragen werden kann. Das Gericht machte auch deutlich, dass das Land als Dienstherr verpflichtet ist, ein entsprechendes Verfahren zur Erfassung der Arbeitszeit bereitzustellen und dies nicht Aufgabe der Beschäftigten ist.

Das OVG bezieht sich in seiner Urteilsbegründung auch auf eine ältere Einschätzung des Kulturminderiums (2014 – Erhöhung der Regelstundenzahl) und bemängelt, dass es trotz der vielen Veränderungen im nds. Schulsystems innerhalb der letzten 10 Jahre „an einer – auch empirisch fundierten – Ermittlung seitens des Niedersächsischen Kultusministeriums [fehle], ob die damalige Einschätzung, dass die Auskömmlichkeit der durch die Regelstundenzahl konkretisierten Arbeitszeit niedersächsischer Gymnasiallehrkräfte noch realitätsgerecht sei.“ Das Gericht bezieht sich auch auf die Arbeitszeitstudie der Universität Göttingen aus dem Jahre 2016, die von der GEW Niedersachsen in Auftrag gegeben wurde.³

¹ Frank Mußmann/Mark Rackles (2024): Lehrkräftearbeitszeit unter Druck. Klärungsbedarfe und Handlungsoptionen bei der Arbeitszeiterfassung. In: FES diskurs – Friedrich-Ebert-Stiftung. S 29. Bonn

² Obergerverwaltungsgericht Niedersachsen Ur. v. 11.02.2025, Az.: 5 LC 4/21

³ Frank Mußmann/Martin Riethmüller/Thomas Hardwig (2016): Niedersächsische Arbeitszeitstudie Lehrkräfte an öffentlichen Schulen. (Hrsg.) Georg-August-Universität Göttingen Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften

Am 13. September 2022 hatte das Bundesarbeitsgericht (BAG) mit einem Beschluss festgestellt, dass die gesamte Arbeitszeit der Arbeitnehmer*innen und Arbeitnehmer aufzuzeichnen ist. Damit wurden die Arbeitgeber verpflichtet, ein System zur Erfassung der geleisteten Arbeitszeit einzuführen (§ 3 Abs. 2 Nr. 1 ArbSchG). Mit diesem Beschluss ist das BAG dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 14. Mai 2019 gefolgt. Die Rechtsvorgabe kann jedoch nicht auf die Lehrkräfte angewendet werden, da sie nicht als Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes gelten und somit das Arbeitszeitgesetz keine Anwendung findet.

Die GEW Berlin hat auf der Landesdelegiertenversammlung im Juli d. J. beschlossen, die Senatsbildungsverwaltung aufzufordern, Verhandlungen über verbindliche Regelungen zur Einführung eines „objektiven, verlässlichen und zugänglichen elektronischen Systems zur Arbeitszeiterfassung“ aufzunehmen (GEW Berlin: Schwerpunkt „Deine Arbeitszeit ist messbar“).

Die GEW Bremen fordert ebenfalls ein System der Erfassung der Arbeitszeit von der Schulbe-

hörde ein. Allerdings wurde die Einführung einer Pilotphase zum beginnenden Schuljahr vom Senat (SPD, Bündnis90/Die Grünen, Die Linke) in Bremen abgelehnt.

Was zu tun ist: Die Landesregierung ist nun in der Pflicht, die Vorgaben des EuGH umzusetzen. Die Göttinger Pilot-Studie aus dem Jahre 2016 enthält wichtige Aspekte der Problematik der Lehrarbeitszeit, der Arbeitszeiterfassung und der unterschiedlichen Belastungen der Lehrkräfte im Schulalltag (u.a. Schulform, Unterrichtsfach, Voll-/Teilzeit, Schulstandort etc.). Für die Zeiterfassung im Rahmen dieser Studie wurde bereits ein elektronisches Erfassungssystem verwendet (das Open Source Programm "TimeTracker"). Es gibt sicherlich mittlerweile eine Vielzahl kosten günstiger Tools zur Zeiterfassung. Die Zeiterfassung ist also heute kein technisches Problem mehr. Sie wird bereits auch in der Justizverwaltung in Niedersachsen praktiziert. Ein Hindernis sind sicherlich die finanziellen Konsequenzen für das Land: Entlastung der Beschäftigten und Vergütung der Mehrarbeit.

Termine

Donnerstag, 18. September: 18:00 Uhr – „AfD – der Feind der Beschäftigten“ – online, Anmeldung bis 14.9. Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften Oldenburg: <https://uol.de>

Mittwoch, 24. September: Besuch von Stefan Störmer in Osnabrück, Besuch der Friedensschule und des Montessori-Bildungshauses im Landwehrviertel

November: Ehrung der Jubilarinnen und Jubilare – Termin und Ort werden sehr zeitnah mitgeteilt. Die Einladungen werden frühzeitig verschickt.

Mittwoch, 19. November: 15:00 h bis Freitag, 21. November 16:00 h – „50 plus – Schaffe ich die Schule oder schafft sie mich?“ – Katholische Akademie Stapelfeld, Stapelfelder Kirchstr.13 – 49661 Cloppenburg – Info und Anmeldung:

<https://osnabrueck-stadt.gewweserems.de/veranstaltungen-2>

Veranstaltungen der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften OS

- **Mittwoch, 24. September:** 17:00 h – „Autonomes Fahren im ÖPNV - Solidarisch und gerecht gestalten“ – Schloss der Universität Osnabrück
- **Montag, 10. November 2025:** 18:00 h – „Reichtum ist keine Privatsache. Eine gerechte Gesellschaft braucht eine Vermögenssteuer – Argumente, Dialog und Perspektiven“ – Lagerhalle Spitzboden
- **Mittwoch, 26. November:** 23. Jahrestagung der Kooperationsstelle Osnabrück Hochschulen und Gewerkschaften, Osnabrück

Programme und Anmeldemodalitäten: www.kooperationsstelle-osnabrueck.de



LabourNet Germany

<https://www.labournet.de>

„Die Wahrheit ist, dass Mozart, Pascal, die Boole'sche Algebra, Shakespeare, die parlamentarische Regierung, barocke Kirchen, Newton, die Emanzipation der Frau, Kant, Marx und die Balanchine Ballette nicht das wiedergutmachen, was diese besondere Zivilisation der Welt angetan hat. Die weiße »Rasse« ist der Krebs der Menschheitsgeschichte; es ist die weiße »Rasse« und sie allein – ihre Ideologien und Erfindungen –, die die autonomen Zivilisationen überall dort ausrottet, wo sie sich ausbreitet, die das ökologische Gleichgewicht des Planeten gestört hat. Und nun auch jedes Leben an sich bedroht.“

Susan Sontags Stellungnahme zu »What's Happening to America«, in: Partisan Review 34.1 (1967a), S 57f, zitiert bei Ellenberger, Wolfram (2024): Geister der Gegenwart. Die letzten Jahre der Philosophie und der Beginn der neuen Aufklärung 1948 – 1984, Frankfurt am Main, S 207f

Literaturempfehlung

Bildung und digitaler Kapitalismus

Valentin Dander, Nina Grünberger,
Horst Niesyto und Horst Pohlmann (Hrsg.)

kopaed

Der Band ist dem Themenfeld Bildung und digitaler Kapitalismus gewidmet, sowohl aus theoretischer Sicht als auch im Hinblick auf pädagogische Handlungsfelder und bildungspolitische Arenen. Die Beiträge geben Impulse für ein kritisches Hinterfragen technologiegetriebener und kommerzieller Entwicklungen im Bildungsbereich. Gleichzeitig werden konzeptionelle, strategische und praktische Transfers zu pädagogischen Zielen, Werten, Curricula und Arbeitsformen für selbstbestimmte und gemeinschaftliche Bildungs- und Lernprozesse aufgezeigt. Ein eigener Abschnitt befasst sich mit der Rolle von sogenannter „Künstlicher Intelligenz“ für solche Zusammenhänge.

Am Band sind Kolleg*innen aus unterschiedlichen Fachdisziplinen und bildungspraktischen Zusammenhängen beteiligt. Darin zeigen sich die interdisziplinäre Ausrichtung und das Interesse an einem wechselseitigen Theorie-Praxis-Transfer zur Thematik. Die Publikation wendet sich vor allem an Wissenschaftler*innen wie auch an pädagogische Fachkräfte in verschiedenen Handlungsfeldern.

Die Initiative Bildung und digitaler Kapitalismus thematisiert seit 2021 digital-kapitalistische Formationsprozesse in kritischer Perspektive und fördert alternative, nachhaltige Entwicklungspfade in wissenschaftlichen Kontexten, pädagogischen Handlungsfeldern und bildungspolitischen Öffentlichkeiten. Die Herausgeber*innen und zahlreiche Autor*innen sind in der Initiative organisiert.

Der Band ist kostenlos verfügbar: <https://www.kopaed.de/kopaedshop/?pid=1515>



Fast 70.000 Menschen haben dafür unterschrieben, dass es endlich wieder eine Vermögenssteuer gibt. Damit haben wir das Quorum locker erreicht und es wird eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss geben.



<https://www.attac.de/kampagnen/tax-the-rich/kampagne-tax-the-rich>

Bildungsgerechtigkeit neu denken - Auf den Anfang kommt es an

Dr. Josef Hanel*

Die Bildungsstudien weisen seit mehr als 20 Jahren regelmäßig darauf hin, dass in unseren Schulen der Schulerfolg zu sehr abhängig ist vom Bildungsstatus des Elternhauses. Da wir in einem rohstoffarmen Land leben, müssten wir ein starkes Interesse haben, optimale Bildungsstrukturen für alle Bildungsschichten zu schaffen. Das ist aber bei weitem nicht der Fall, es gibt immer noch keine Chancengleichheit aller Kinder und Jugendlichen beim Zugang zu Bildung und Ausbildung. Aber genau diese Bildungsgerechtigkeit braucht man, wenn man Fachkräfte heranbilden und allen Kindern einen angemessenen Schulabschluss ermöglichen will.

Die Sorge nach mehr Gerechtigkeit in der Bildung ist vor allem von der Frage abhängig, mit welchem Blick auf Kindergarten und Schule geschaut wird. Verlässt man sich alleine auf die Sichtweise von Bildungspolitikern, wird sich auch in Zukunft nichts grundlegend ändern, weil deren Familien nicht von der Bildungs-Ungerechtigkeit betroffen sind. Nimmt man hingegen die Finanzen in den Blick, wird sofort deutlich, an welchen Stellen im Bildungsgeschehen landesweit neu zu justieren ist. Man muss sich nur in Erinnerung rufen, dass im Jahr 2022 in NRW 11.385 Schüler/innen ohne Schulabschluss entlassen worden sind, denen dieses Schicksal bei hinreichender individueller Förderung in ihrer Schulzeit erspart geblieben wäre.

Folgt man dem politisch neutralen **Statistischen Bundesamt**, liegt die Lösung auf der Hand: „Klassenwiederholungen können die Motivation von Schülerinnen und Schülern positiv aber auch negativ beeinflussen. Ungeachtet dessen führen Klassenwiederholungen zu erheblichen Mehraufwendungen im Bildungsbereich. Die Kosten, die vorbeugende Maßnahmen zur Vermeidung von Klassenwiederholungen verursachen, gelten als wesentlich niedriger als die, die dadurch entstehen, dass Schülerinnen und Schüler ein weiteres Jahr zur Schule gehen.“ Fiskalisch be-



Foto: privat

trachtet, wird an der gesetzlichen Pflicht zur individuellen Förderung vor allem in Grundschulen gespart mit der Folge, dass später ein Vielfaches an Steuergeldern aufgewendet werden muss, um den entstandenen Schaden wieder auszugleichen.

Bildungsfachleute haben immer wieder darauf hingewiesen, dass unterlassene Lernförderung im Unterricht später enorme Nachfolgekosten erzeugt. Diese Feststellung müsste eigentlich bei den Finanzverantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden für helle Aufregung sorgen. Prof. Dr. Hans **Biegert** wird in der Zeitschrift die AKZEN-TE 2004 so zitiert: „Die berufliche Re-Integration von Jugendlichen unter 25 Jahren ohne Schulabschluss kostet der Bundesagentur für Arbeit jährlich 7 Milliarden Euro“. Der Vorsitzender des Bundeselternrates, Wilfried **Steinert**, meint: „Es gibt eine einfache Rechnung. Ein Jahr mehr frühkindliche Bildung kostet 4.000 Euro, ein Monat Jugendknast kostet 8.000 Euro.“ Dr. Jörg **Dräger** von der Bertelsmann Stiftung stellt für die

*Ein politisches Interesse daran, ein Bildungssystem aufzulegen, das für alle die bestmöglichen Voraussetzungen für gelingende Bildungsprozesse bieten würde, gibt es nicht.
Das gut aussortierte Oben und Unten soll so bleiben, wie es schon immer war.
Dafür wird das Gymnasium mit strengen Zugangsregeln gebraucht.*

*Udo Knapp: Das Drama der Schulen.
Die deutsche Bildungsmauer steht! taz vom 1.4.2025*

* Dr. Josef Hanel ist Pädagoge und Diplom-Psychologe – Psychologischer Psychotherapeut, PTK in NRW – Aktuell: Vorsitzender im Verein für Schulpsychologie Detmold e. V. www.SchuPs.de

Bildungsrepublik fest, dass die „Kellerkinder“ die Bildungsversager sind, denn 60.000 verfügen über keinen Schulabschluss und 150.000 bleiben jedes Jahr ohne Berufsabschluss und jeder fünfte 15-Jährige kann kaum lesen, schreiben oder rechnen.

Prof. Dr. Andres **Schleicher** (OECD Paris) wendet sich gegen die Meinung, dass die Schule die Probleme der Gesellschaft nicht lösen könne und sagt: „Genau das ist Auftrag der Schule: Wir sind bei uns viel zu tolerant gegenüber Fehlleistungen von Schule.“ Schleicher findet den Begriff „Produktthaftung“ durchaus passend: „Wenn in einer Klinik 25 Prozent der Patienten sterben würden, ließe es sich die Gesellschaft nicht gefallen. Sie lässt es sich aber sehr wohl gefallen, dass 25 Prozent der Schüler keinen Abschluss erzielen.“ Gute Firmen, die auf Dauer erfolgreich bleiben wollen, seien immer wieder bemüht, dem aktuellen wissenschaftlichen Standard zu entsprechen. In den Unternehmen sei das selbstverständlich, in den Schulen nicht. Auf die Frage: „Hast du das Gefühl, dass dich deine Lehrer beim Lernen unterstützen?“ ist die Antwort der Schüler in PISA-Vorzeigeländern mit 80 oder 90 Prozent: „Ja.“ Hier bei uns in Deutschland sind es nur 60 Prozent, die mit „Ja“ antworten.

In den **Westfälische Nachrichten** wird 2016 das Thema Sitzenbleiben auch in finanzieller Hinsicht in Frage gestellt und auf die OECD hingewiesen: „Die OECD berechnete in ihrem Bericht zur

sehr teure Maßnahmen zur Reintegration in den Arbeitsmarkt bis hin zur finanziellen Unterstützung vieler Bürger*innen im Rentenalter überflüssig werden.

Dabei muss man die Schule nicht neu erfinden. In Kanada z. B. erreichen die Kinder der eingewanderten Migrationsfamilien häufig bessere Schulabschlüsse als die der eigenen Bevölkerung (ARD Wissen 2024). Es genügt schon, wenn den Eltern klar gemacht wird, wie wichtig ihr eigener Anteil bei der Unterstützung ihrer Kinder in Sachen Schule ist. Wenn Eltern ihren Kindern nicht beim Spracherwerb unterstützen, nicht vorlesen und dann auch noch zulassen, dass elektronische Unterhalter das Familienleben beherrschen, versündigen sie sich an den Schulchancen ihrer Kinder. Eine gute frühkindliche Erziehung und ein guter Unterricht sind das A und O einer erfolgreichen Schullaufbahn. Ein Weg dorthin wäre der pädagogische Ganztags in der Zeit von 8 bis 16 Uhr und ein völliger Verzicht auf das Smartphone in der Schule.

Aktuell macht Prof. Dr. Klaus **Zierer** (Universität Augsburg) auf diesen wichtigen Aspekt in der Bildungsdiskussion aufmerksam und fordert eine neue Bildungsallianz mit Eltern im Elementarbereich und in der Schule. Das oft beobachtete Gegeneinander oder ebenso das Fernbleiben der Eltern im Bildungsgeschehen darf ein starker Staat nicht zulassen. Die Eltern und die Pädagogischen Fachkräfte in Kindergarten und Schule haben sich

gegenseitig zu stützen und zu ergänzen, notfalls mit Hilfe von Jugendamt und Schulpsychologie. Desinteressierte Eltern müssen daran erinnert werden, dass der Staat das Kindergeld im Bedarfsfall reglementieren kann.

Aus Sicht der empirischen Bildungsforschung verfehlt die gegenwärtige Debatte das Ziel, da nicht auf der Grundlage

von deren Erkenntnissen argumentiert wird. Jede Schule benötigt Initiative, Motivation, Teamdenken, Multiprofessionalität und Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung auf allen Ebenen und ebenso die Mitwirkung des Elternhauses. Obwohl alle im Bildungsgeschehen dieser Forderung zustimmen würden, sieht die Realität anders aus. Seit Jahren liegen Befunde von empirischen Bildungsstudien vor, die nicht genügend beachtet werden. Die McKinsey-Studie

Unter den 39 untersuchten OECD-Ländern lagen Deutschland und Tschechien ganz hinten (OECD 2024).

Zehntausende junge Erwachsene ohne jeden Schulabschluss fehlen nicht nur auf dem, vom Fachkräftemangel geplagten Arbeitsmarkt, sie bilden einen Sockel der Bezieher von Transferleistungen aus den öffentlichen Sozialsystemen.

Udo Knapp: Das Drama der Schulen.

Die deutsche Bildungsmauer steht! taz vom 1.4.2025

PISA-Studie 2013, dass jede Klassenwiederholung 34.000 Euro an Steuergeldern kostet.“ In den skandinavischen PISA-Vorzeigeländern verzichtet man schon lange auf das Sitzenbleiben und schafft dadurch gleichbleibende Klassengemeinschaften. Die Reparatur einer gesellschaftlicher Schieflage verlangt nach Maßnahmen, die das Steuergeld dort verortet, wo es am wirksamsten ist: im letzten Kindergarten-Jahr und in den ersten Schuljahren. Nur dann würden spätere sinnvolle, aber

kommt zu dem Ergebnis, dass sich die wenigen herausragenden Schulsysteme der Welt auf drei Dinge konzentrieren: Die richtigen Menschen für den Lehrerberuf zu gewinnen und auszuwählen, ständig in die Fortbildung der Lehrkräfte zu investieren, um sie qualifiziert auszubilden und ein Schulsystem zu schaffen, das alle Anstrengungen darauf konzentriert, jedem Kind den best möglichen Unterricht in seiner Klasse zu erteilen.

Es braucht nach den vielen Jahren des vergeblichen Bemühens um Bildungsgerechtigkeit jetzt eine deutliche Kehrtwende auf Basis einer Bildungsallianz von Elternhaus, Kindergarten und Schule. Von Goethe stammt der Satz „Wer das erste Knopfloch verfehlt, kommt mit dem Zuknöpfen einer Jacke nicht zurecht.“ Dieses Bild spiegelt die Ausgangslage wider, worauf die Bildungssituation in unserem Land neu ausgerichtet werden könnte.

Das würde bedeuten, die Eltern im Vorschul- und Grundschulalter zur Mitarbeit zu überzeugen, in die Aus- und Fortbildung der Erziehenden und

Unterrichtenden zu investieren, auf das Sitzenbleiben zu verzichten und eine frühe individuelle Förderung im pädagogischen Ganztags zu organisieren. Der Staat sollte alle mit dem Unterricht im pädagogischen Ganztags beschäftigten Fachkräfte

Aber statt gemeinsam den Wandel zu mehr Bildungsgerechtigkeit voranzubringen, wurde in der Folge von den Konservativen ein Kulturkampf gegen die Gesamtschule losgetreten. Das Aufbrechen der Dreigliederung des Schulsystems sollte verhindert, das Gymnasium als die Eliteschmiede der Gesellschaft sollte nicht angetastet werden. Mit Erfolg: Grundsätzliche, strukturelle Veränderungen im Schulsystem wurden ausgebremst.

Udo Knapp: Das Drama der Schulen. Die deutsche Bildungsmauer steht! taz vom 1.4.2025

(Schulsozialarbeit, zertifizierte Lerntherapie, etc.) angemessen bezahlen und deren Fortbildung garantieren. Die Schule ist der beste Lernort für alle Kinder. Wer mehr Bildungsgerechtigkeit umsetzen will, muss die Ursachen beseitigen und diese liegen im Elternhaus und im Elementar- und Grundschulbereich.

„Nach PISA“ – Beginnt ein neuer bildungspolitischer Diskurs? Schüler und Schülerinnen oder „Humankapital“? Hildegard Müller-Kohlenberg*

Im Dezember 2001 präsentierte ein Vertreter der OECD, in deren Namen die PISA-Studie¹ durchgeführt wurde, die Ergebnisse der deutschen Öffentlichkeit. OECD heißt bekanntlich „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“. Das Attribut „wirtschaftlich“ ist dabei nicht von ungefähr; es handelt sich um den Zusammenschluss der wichtigsten Industrienationen mit Sitz in Paris.

Der Koordinator für Bildungsstudien dieser Organisation, Andreas Schleicher, sprach – wenn es um Schule ging – nicht von Kindern, sondern von „Humankapital“ und Bildung wurde umschrieben mit „Nutzung des Humankapitals“. Aber die Kon-

sequenz aus der PISA-Studie, auf die er verwies, könnten von einem Alt-68er stammen: *Mehr Chancengleichheit im Schulsystem.*

Die Tatsache, dass es deutsche Schulen nicht schaffen, sozial benachteiligte Kinder angemessen zu fördern, bezeichnet er als eine nicht „optimale Nutzung des Humankapitals“. In der OECD-Schrift „Lernen für das Leben“ heißt es im Hinblick auf die vier europäischen Länder mit den schwächsten Durchschnittsleistungen (wofür Deutschland gehört): „Diese Länder könnten ihre Durchschnittsleistungen anheben, wenn es ihnen gelänge, die Auswirkungen des sozioökonomischen Hintergrunds zu mildern“²

Prof. Dr. Hildegard Müller-Kohlenberg war bis 2006 an der Universität Osnabrück im Fachbereich Erziehungs- und Kulturwissenschaften tätig.

Dieser Beitrag erschien bereits im PAUKOS 2/2002. Aus aktuellem Anlass haben wir ihn hier noch einmal abgedruckt. Er ergänzt sehr gut den Beitrag von Dr. Josef Haniel und macht die Defizite in der deutschen Bildungspolitik noch einmal deutlich. Was hat sich seit 2002 im deutschen Bildungssystem geändert?

Welche PISA-Ergebnisse haben den „Schock“ ausgelöst?

Vergleicht man die Unterschiede der Lesekompetenz von Kindern aus Familien mit *geringem und hohem Sozialstatus*, so klaffen die Ergebnisse in Deutschland weiter auseinander als in jedem anderen Land. Es schmerzt, wenn man die Graphik mit 32 Staaten sieht, deren unrühmliche Spitze von Deutschland angeführt wird. Das weist auf ein Schulsystem hin, das weniger als alle anderen fähig ist, benachteiligte Kinder zu fördern.³

Aber auch der Anteil von deutschen Schülern und Schülerinnen, die über eine hohe Lesekompetenz verfügen, liegt nur im Mittelfeld. Die „*funktionalen Analphabeten*“ (diejenigen, die einen Text zwar phonetisch richtig „entziffern“ können, den Sinn aber nicht aufnehmen; Stufe I der Testergebnisse und darunter) sind mit 22,6 % bei uns vergleichsweise zahlreich.

Der Begriff „Lesekompetenz“ (*reading literacy*) wird leicht missverstanden als „flüssiges Lesen“. Das ist nicht gemeint. Es wurde vielmehr geprüft, inwieweit Schülerinnen und Schüler die Texte verstehen, sie nutzen und reflektieren können und ob sie die Informationen verwenden können, um das eigene Potenzial weiterzuentwickeln und sinnvolle Schlussfolgerungen zu ziehen. In diesem Sinne wurde auch das Konstrukt „*mathematical literacy*“ bzw. „*scientific literacy*“ verwendet. Mathematik wird quasi als „Sprache“ verstanden, in der Informationen zu analysieren und mathematische Probleme zu identifizieren sind. Ähnlich in den Naturwissenschaften; die Bereiche Physik, Chemie, Biologie und Geografie werden dabei als integriertes Konzept definiert.

Die PISA-Aufgaben sind ausgesprochen geistreich und phantasievoll auf das Jugendmilieu abgestimmt und enthalten ihrerseits eine Menge interessanter Informationen. Allein deshalb schon lohnt sich ein Blick in die 548 Seiten starke PISA-Studie.

Die Ergebnisse des mathematischen Teils konnten leider das schlechte Abschneiden deutscher Schülerinnen und Schüler bei der Lesekompetenz nicht ausgleichen. Im Vergleich mit den höher entwickelten und reichen Industrienationen (eine Auswahl von 9 Ländern) bringt das deutsche Schulsystem die meisten Jugendlichen der „Risikogruppe“ hervor, welche bedenklich schwache *Mathematikleistungen* aufweisen. Und – etwa gleichliegend mit den USA – haben wir in Deutschland relativ wenige Schülerinnen und

Schüler, denen bescheinigt werden kann, dass sie den Grundbildungsstandard in Mathematik erreichen.⁴

Wenn man nicht unterstellen will, das deutsche Kinder weniger intelligent seien als andere, so wird man die Verschwendung von „Humankapital“ oder besser: die Nicht-Entwicklung von Begabungen bedauern.

Welche Ergebnisse haben die Öffentlichkeit nicht geschockt (regen aber zum Nachdenken an)?

Die PISA-Studie enthält weit mehr Informationen als die genannten Negativ-Meldungen. Einige von ihnen spielen in der Diskussion eine geringere Rolle, obwohl sie für Bildung und Pädagogik bedeutsame Hinweise geben könnten. Es ist zum einen das generell *bessere Abschneiden der Mädchen* gegenüber den Jungen. Die Mädchen sind (mit Ausnahme Koreas) in allen anspruchsvollen Sekundarstufe II-Programmen überrepräsentiert. Besonders deutlich ist diese Überlegenheit bei den *literacy*-Teilen der Studie (In Deutschland gehören 27 % der Jungen gegenüber 18 % der Mädchen zu den „funktionalen Analphabeten“). Die Jungen schneiden dagegen in zahlreichen Ländern in den mathematischen und naturwissenschaftlichen Teilen besser ab.

Zum andern: Werden Schülerinnen und Schüler nach Aspekten von *Kooperation und Kommunikation* befragt (Selbsteinschätzung), so zeigen sich erhebliche Differenzen in Bereichen wie „Empathie“, „Aggressive Orientierung“, „Verantwortungsübernahme“ oder „Verantwortungsabwehr“. In Übereinstimmung mit den Erwartungen aufgrund vorliegender Befunde in der Literatur, bestätigte sich auch in PISA, dass Mädchen im Durchschnitt stärker prosozial orientiert sind und geringere individualistische und aggressive Tendenzen zeigen als Jungen.

In der PISA-Studie zeigen sich ferner einige wichtige Erkenntnisse über den *Medienkonsum*. Mädchen konsumieren Porno-, Horror- und Gewaltfilme signifikant seltener als Jungen. Es gibt allerdings eine Schulformabhängigkeit der Nutzung dieser Filme bei beiden Geschlechtern: Die durchschnittlichen Fernseh- und Videozeiten sind bei Hauptschülern und -schülerinnen am höchsten, bei Gymnasialschülern und -schülerinnen am geringsten.⁵ Häufiger Konsum von Horror- und Pornofilmen ist mit schlechteren Schulleistungen korrelativ verknüpft.

Was machen Länder mit guten PISA Ergebnissen anders oder besser?

Auffallendes Ergebnis ist, dass Länder mit guten Testergebnissen eine 9 Jahre dauernde *gemeinsame Schulzeit für alle Schüler und Schülerinnen* vorhalten. (Einheitsschule / integriertes Schulsystem). Dazu gehören Länder wie Schweden, Finnland oder Japan. D.h. bis zum 17 Lebensjahr lernen Schüler unterschiedlichster Begabung und Herkunft im einem integrierten Klassenverband. Es handelt sich insofern um heterogene Klassen, die an die Fähigkeit zur inneren Differenzierung des Unterrichts große Anforderungen an die Lehrkräfte stellen. Die PISA-Ergebnisse legen nahe, dass dies gerade einen guten und erfolgreichen Unterricht bedingt. Schulsysteme mit frühzeitig homogenisierten Klassen (Deutschland, Österreich) schneiden nicht so gut ab, wie es die Philosophie der Eingruppierung in verschiedene Schulformen suggeriert. Schweden und Finnland stellten ihr Schulsystem in diesem Sinne vor ca. 30 Jahren um, Kanada vor etwa 10 Jahren. Die Einheitsschule ist dort verbunden mit einem ausgebauten System der Förderung von schwächer Begabten. Diese Investitionen haben nicht zur Folge, dass die Stärken der höher Begabten unbeachtet bleiben. – Im Gegenteil: Es finden sich dort wesentlich mehr Schüler und Schülerinnen in den Spitzengruppen als in Deutschland.

Ein weiterer auffälliger Unterschied zum deutschen Schulsystem ist die Ganztagschule, die in so gut wie allen andern Industrieländern eingerichtet ist. Damit sind zwar nicht unbedingt mehr Unterrichtsstunden verbunden, die Lernzeit ist jedoch in einer physiologisch und lernpsychologisch vertretbaren Weise über den Tag verteilt. Vor allem wird eine entsprechende Infrastruktur angeboten mit Mittagsmahlzeit, Pausen, sozialpädagogischen Angeboten und Spielgelegenheiten.

Der deutsche Sonderweg

Gemessen an diesem Standard beschreiten wir einen deutschen Sonderweg. Die *4-jährige Gundschule* ist ein „Quicky“, den sich kein anderes OECD-Land leistet. (Österreich – wo es ähnlich ist – hat zumindest ein für alle verbindliches

Vorschuljahr). Dann folgt die Einsortierung in die *dreigliedrige Halbtagschule*. Sowohl die frühe Dreigliedrigkeit ist einmalig wie auch das Phänomen Halbtagschule.

Die Dreigliedrigkeit wird durch das vereinzelte Angebot von Gesamtschulen nicht grundsätzlich kompensiert. Dies kann aus zwei Gründen nicht geleistet werden: Erstens ist die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft im Vergleich zu Gymnasien recht verschieden. Nur 4 % der Schüler und Schülerinnen in Gesamtschulen kommen aus Elternhäusern der „oberen sozialen Dienstleistungsgruppen“, in Gymnasien sind das 53 %. Wenn man berücksichtigt, wie stark die soziale Herkunft den Schulerfolg in Deutschland mitbestimmt, so wird klar, dass die Gesamtschulen keine echte Vergleichsbasis zu Gymnasien haben. (Hieran wird zu denken sein, wenn der PISA-Ländervergleich innerhalb Deutschlands vorgelegt wird).

„Durch das Schulsystem werden schon zehnjährige Kinder in Leistungsgruppen eingewiesen, die durch das Berechtigungswesen einer entsprechenden Gruppierung den sozialen Positionen zugeordnet sind. Die Schule ist deshalb ein sozialpolitischer Direktionsmechanismus, der die soziale Struktur stärker bestimmt als die gesamte Sozialgesetzgebung der letzten 15 Jahre.“

Georg Picht, 1964

Udo Knapp: Das Drama der Schulen. Die deutsche Bildungsmauer steht! taz vom 1.4.2025

Zweitens sind die Lerngruppen in deutschen Gesamtschulen – anders als in den Einheitsschulen Japans, Koreas, Finnlands, Kanadas, Schwedens u.a. – stark homogenisiert. Darin unterscheiden sich Gesamtschulen nicht vom sonstigen deutschen Schulsystem. Auch hier wird in A, B, und C Kurse unterteilt, wenn auch fachleistungsspezifisch. Die Vor- und (insbesondere) Nachteile homogener Lerngruppen sollten nach den deutlichen Hinweisen der PISA-Studie genauer untersucht werden.

Die dreigliedrige Halbtagschule produziert additiv weitere Probleme

Das dreigliedrige Schulsystem bringt es mit sich, dass ein *Auswahlsystem* etabliert werden muss, um die Schüler „begabungsgerecht“ den Schulformen zu zuweisen (Orientierungsstufe,

Aufnahmeprüfungen, Schullaufbahneempfehlungen...). Da dieser Zeitpunkt in Deutschland relativ früh liegt, ist er mit besonderen Unsicherheiten verbunden hinsichtlich der „Treffer-sicherheit“ der Entscheidungen. In der Hamburger LAU-Studie⁶ zeigten sich sowohl fehlerhafte Schullaufbahneempfehlungen wie auch (damit zusammenhängend) sozial gefärbte Über- oder Unterschätzungen der Leistungsprognosen von Grundschülerinnen und -schülern. „Das Kind eines Vaters ohne Schulabschluss muss ein Leistungsniveau aufweisen, das noch wesentlich über dem durchschnittlichen Testwert der „Springer“ liegt, um mit einiger Wahrscheinlichkeit für das Gymnasium empfohlen zu werden“⁷

„Mehr als ein Viertel aller hochintelligenten Schüler besucht die Hauptschule, 10 - 15 % der weniger intelligenten Schüler sind im Gymnasium“⁸. Oder – wie es in der LAU-Studie heißt: „Die Praxis von Grundschulen, Kindern aus bildungsfernen Schichten... den Zugang zum Gymnasium zusätzlich zu erschweren, kann mit der tatsächlichen Lernentwicklung bei gegebener Lernausgangslage nicht gerechtfertigt werden. Erneut muss also festgestellt werden, dass zumindest in diesem Punkt Grundschulen durch ihre ‚Empfehlungspraxis für das Gymnasium soziale Ungleichheiten verschärfen.“⁹

Trotz dieser Fehldiagnosen gehört Deutschland zu den Ländern mit den homogensten Lerngruppen (ohne die damit verbundene Erwartung zu erfüllen, Hochbegabte besonders zu fördern). Der Wunsch nach möglichst homogenen Gruppen führt vielmehr dazu, dass *Aussortieren, Sitzenbleiben lassen und „Abschulen“* in eine andere Schulform (z.B. vom Gymnasium in die Realschule) praktiziert wird. Damit entledigen sich Lehrer und Lehrerinnen viel zu häufig der besonderen Herausforderung, schwächere Schüler gezielt zu fördern. Es komme „vor der Didaktik der Rauswurf“ – wie es provokativ formuliert wurde¹⁰. Als ein Zeichen für eine gestiegene Sensibilität „nach PISA“ kann nun aber angesehen werden, dass das Problem der Schüler und Schülerinnen mit derartigen Misserfolgserlebnissen ins öffentliche Bewusstsein getreten ist. Die stolze Quote von ca. 50 % der 15-Jährigen mit einem einschneidenden schulischen Misserfolgserlebnis setzt sich wie folgt zusammen: 24 % Sitzenbleiber + 10 % „Abschuler“ + 10 % Zurückgestellte (bei der Einschulung) + 3,5 % Sonderschüler/-innen. (Die Anzahl der Kinder, die diese Negativerlebnisse kumuliert erfahren, ist vorerst unbekannt; daher

ist die Summe von 57,5 % nicht als Maß für den Anteil von Betroffenen zu verstehen).

Deutschland gehört zur „Spitzen“Gruppe von 4 Ländern mit dem höchsten Satz von dieser Art gescheiterter Schüler/-innen. Da das Sitzenbleiben zudem zur Verlängerung der Schulzeit beiträgt, ist diese Praxis auch unter einem volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt nachteilig. Ferner tauchen im Gefolge der Halbtagschule zahlreiche Probleme auf, die die Vergleichsländer in der OECD so nicht kennen. Selbst wenn es in Deutschland genügend Hortplätze für Schulkinder gäbe (was bekanntlich nicht der Fall ist), ist das Konzept der *Ganztagschule* der wenig entwickelten Hortpädagogik überlegen. Die Ganztagschule bietet neben schulischem Lernen die Möglichkeit zu individuellem Üben (statt Hausaufgaben), zu sozialpädagogischer Erziehung und Bildung sowie zu altersgemäßer Freizeitgestaltung.

Gerade die Bedeutung des letzteren Punktes hebt die PISA-Studie hervor. Dort heißt es, dass „ein entfaltetes ‚jugendtypisches Freizeitverhalten‘ und eine entsprechende Leseorientierung mit besseren Leistungen einhergehen“¹¹. Das „jugendtypische Freizeitverhalten“ steht nach den Erkenntnissen der Studie in Kontrast zum übermäßigen Medienkonsum. Eine ungewollte Konsequenz der Halbtagschule dürfte die Hinwendung – besonders der männlichen – Kinder und Jugendlichen zu den Angeboten der Medienindustrie sein.

Welche Faktoren haben keinen oder geringen Einfluss auf die Ergebnisse

Die ersten Reaktionen auf die Veröffentlichung der Studie – im Dezember 2001 – hatten das begreifliche Ziel, entlastende Ursachen für das schlechte deutsche Abschneiden zu suchen. Immer wieder war zu lesen, die im Vergleich zu Finnland hohe Ausländerquote habe die Ergebnisse zu einem großen Teil verursacht.

Zwar ist in Deutschland der Anteil an Migrantenkindern (21,8 %) im Vergleich zu Finnland (3,5 %) wesentlich höher, aber die beiden PISA-Spitzenreiter Schweden (21,4 %) und Kanada (31,3 %) haben vergleichbare oder höhere Anteile von Kindern, bei denen mindestens ein Elternteil nicht im Testland geboren ist.¹²

Auch die *Menge der Unterrichtsstunden* pro Schuljahr erklärt nicht die deutschen Resultate. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 951 Schulstun-

den; in Deutschland werden im Mittel 909 Stunden erteilt, in Finnland 855, in Japan 1.011.¹³ Die Beanspruchung durch *Hausaufgaben* stufen die PISA-Autoren mit „mittel“ ein. Finnische, schwedische oder japanische Schüler und Schülerinnen sind dagegen nur „sehr gering“ mit Hausaufgaben belastet; in Griechenland, Ungarn und der Russischen Föderation ist die Belastung „sehr groß“¹⁴.

Eine zu frühe oder zu späte Einschulung deutscher Kinder ist für das Ergebnis wohl auch nicht verantwortlich zu machen. Die Einschulung mit 6 Jahren liegt etwa im Durchschnitt, allerdings haben viele Staaten der Vergleichsgruppe obligatorische vorschulische Angebote. Die Befunde geben - auch keine eindeutige Antwort auf die Frage nach der optimalen Klassengröße. Diese variiert z.B. mit dem Alter der Schülerinnen und Schüler und hängt stark davon ab, wie sich die Lehrkräfte auf die Klassengröße einstellen können. Der Mittelwert liegt in Deutschland bei 24 Kindern, in Japan bei 39 in Finnland bei 20¹⁵ (Ich selbst begann meine Schullaufbahn - 1947 - mit 63 Mitschülerinnen in der Klasse).

Die Ausgaben pro Schüler stehen nicht in einem direkten Bezug zu deren Leistungen. Län-

der mit vergleichsweise geringen Ausgaben pro Schüler (Japan, Korea und die Niederlande) weisen gleichwohl gute Schülerleistungen auf. In Deutschland liegen die Ausgaben für die Sekundarstufe II um 17 % über dem Durchschnitt der OECD, für die Sekundarstufe I um 9 % darunter. Diese Differenz erklärt sich im Wesentlichen durch unterschiedliche Lehrergehälter¹⁶.

Eine neue Epoche?

Die deutschen SPD-Bildungsminister*innen wollen über Pfingsten (2002) eine „Bildungsreise“ nach Finnland und Schweden unternehmen. Dort kann man sicher einiges lernen. Die Denkschemata sind in Bewegung gekommen. Brandenburg prüft die Einführung einer 9-jährigen Grundschule. Der Präsident des Bayerischen Städtetages Josef Deimer (CSU) fordert, dass Städte ab einer mittleren Größenordnung den Eltern ein schulisches Ganztagsangebot unterbreiten müssen. Darin soll die Balance zwischen Muße und Arbeit aufgebaut werden.

Eine gut gemachte empirische Studie – das ist PISA – hat endlich das Tabu gebrochen, das in Deutschland das Nachdenken über Schule Jahr zehnte lang blockierte.

- 1 PISA steht für: Programme for International Student Assessment
- 2 OECD: Lernen für das Leben. Erste Ergebnisse der internationalen Schulleistungsstudie PISA 2000, Paris 2001, S. 288f (deutsch)
- 3 Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.): PISA 2000 - Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen: Leske und Budrich 2001, S. 384
- 4 ebenda, S. 171
- 5 28,2 % der Hauptschüler*innen sehen mehr als 5 Stunden TV; 10,2 % der Gymnasialschüler*innen. Vgl. Deutsches PISA-Konsortium, a.a.O., S. 487
- 6 Rainer Lehmann, Rainer Peek, Rüdiger Gänßfuß: Aspekte der Lernausgangslage von Schülerinnen und 'Schülern der fünften Klassen an Hamburger Schulen, 1996 (LAU 5) – Dies.: Aspekte der Lernausgangslage und der Lernentwicklung von Schülerinnen und Schülern an Hamburger Schulen – Klassenstufe 7, 1998 (LAU 7). Hrsg. v. der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung. Amt für Schule. Hamburg 1997 bzw. 1999 "http://lbs.hh.schule.de/lau"
- 7 LAU 5, a.a.O., S. 90
- 8 H. Fend: Zur Begabungsgerechtigkeit des Schulsystems. In: Heterogenität und Qualität. Reader der GEW 1999, S. 15
- 9 LAU-Studie (Hamburg) a.a.O.
- 10 Christian Füller: Der pädagogische Albtraum. In: die tageszeitung, 11. Jan. 2002, S. 12
- 11 Deutsches PISA-Konsortium (HSG:()) a.a.O., S. 489
- 12 ebenda, S. 348
- 13 ebenda, S. 417
- 14 ebenda, S. 417
- 15 ebenda, S. 422
- 16 ebenda, S. 432



Große Vermögen besteuern, um das Bildungssystem zu retten

Tom Krebs*

04. Juli 2025



Die schwarz-rote Bundesregierung hat bereits im März mit den Stimmen der Grünen eine erste Reform der deutschen Schuldenbremse durchgesetzt. Dieser Schritt ermöglicht es, die staatlichen Ausgaben für das Militär und die Infrastruktur in den kommenden Jahren massiv auszuweiten. Doch ein Problem bleibt dabei ungelöst: die chronische Unterfinanzierung des Bildungssektors.

Bildungsinvestitionen als Schlüssel für Wirtschaftswachstum und Chancengleichheit

Deutschland muss nicht nur in Beton, sondern auch in Köpfe investieren! Öffentliche Bildungsinvestitionen sind nicht nur gut für das langfristige Wirtschaftswachstum, sondern sie sind Voraussetzung für eine sozial gerechte Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Denn nur mit hinreichend guten Bildungsmöglichkeiten werden Kinder ihre Fähigkeiten und Talente so entwickeln, dass sie ihr künftiges Erwerbsleben gut bestreiten können. Ebenso sind berufliche Aus- und Weiterbildung ein zentrales Instrument, damit die Beschäftigten erfolgreich am Transformationsprozess teilhaben. Anders ausgedrückt: Ein gutes öffentliches Bildungswesen stärkt die Chancengleichheit und schafft Wirtschaftswachstum, das bei allen ankommt.

Die Bedeutung von Bildung ist unstrittig, aber die Investitionslücke in diesen Bereich ist trotzdem groß. Dabei sind es nicht nur die fehlenden Investitionen in die Schulgebäude, die das Bildungssystem in Deutschland belasten, noch problematischer ist der Mangel an Personal: Studien schätzen einen zusätzlichen Bedarf an Lehr- und Betreuungspersonal von bis zu hunderttausend Fachkräften, um den Rechtsanspruch auf Ganztagsunterricht bzw. Ganztagsbetreuung in Kitas und Grundschulen umzusetzen, wenn alle Kinder ihren Anspruch wahrnehmen und die Personalausstattung in Ost- und Westdeutschland angeglichen würde. Hinzu kommen der Personalbedarf im sekundären Bildungsbereich und die fehlende digitale Ausstattung an den Schulen. Grob geschätzt beläuft sich der zusätzliche Investitionsbedarf im Kita- und Schulbereich auf jährlich circa 15 Milliarden Euro. Weitere Mittel von 5 Milliarden Euro pro Jahr werden für die berufliche Aus- und Weiterbildung angesetzt, so dass insgesamt ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf von jährlich 20 Milliarden Euro besteht – hauptsächlich auf der Ebene von Kommunen und Ländern. Denn Bildung ist in Deutschland eine föderale Aufgabe.

Vermögensteuer und Erbschaftssteuer als Finanzierungsquellen

Wie lassen sich die Ausgaben für das zusätzliche Personal im Bildungsbereich dauerhaft finanzieren? Der ökonomisch vernünftige Weg ist über eine stärkere steuerliche Belastung der großen Vermögen, die in Deutschland – im Gegensatz zu den Arbeitseinkommen – sehr gering ist. Konkret bedeutet dies eine Änderung der bestehenden, sehr großzügigen Ausnahmeregeln bei der Vererbung von größeren Vermögen und die Reaktivierung der Vermögensteuer für sehr große Vermögen. Die Mehreinnahmen aus einer verbesserten Erbschaftssteuer und reaktivierten Vermögensteuer könnten die notwendigen Ausgaben zur Rettung des deutschen Bildungssystems leicht finanzieren. Sie haben den zusätzlichen Vorteil, dass die Einnahmen aus diesen Steuern den Ländern direkt zukommen und damit für den Bildungssektor verwendet werden können.

Erbschafts- oder Vermögensteuer sind also eine wichtige Einnahmequelle, aber häufig wird der Einwand vorgebracht, dass sie wachstumsfeindlich seien. Die Evidenz ist jedoch wesentlich weniger eindeutig, als die öffentliche Debatte vermuten lässt – eine Erbschafts- oder Vermögensteuer kann sogar wachstumsfreundlich sein. Insbesondere wird sie die Wachstumspotenziale anheben, wenn die zusätzlichen Einnahmen für Bildungsausgaben genutzt werden. Dieser Punkt soll im Folgenden an der Vermögensteuer illustriert werden.

Einerseits würde eine Reaktivierung der Vermögensteuer die Rendite auf neue Investitionen senken, sodass Unternehmen weniger investieren und die Kapitalakkumulation zurückgeht. Darüber hinaus werden sich einige Unternehmen aufgrund der erhöhten Steuerbelastung gegen Deutschland als Produktionsstandort entscheiden und Betriebsstätten ins Ausland verlagern. Dies reduziert Wachstum und wirkt sich zudem negativ auf Arbeitsnachfrage und Beschäftigung aus. Dieser Wirkmechanismus ist nicht von der Hand zu weisen und muss bei einer Gesamtabwägung berücksichtigt werden.

Andererseits gibt es zwei Effekte, die für eine positive Wirkung der Vermögensteuer auf Wachstum und Beschäftigung sprechen. Zum Ersten führt eine Vermögensteuer zu einem Anstieg der durchschnittlichen Unternehmensproduktivität. Und zwar deshalb, weil sie einen zusätzlichen Anreiz bietet, unproduktive Me-

thoden aufzugeben und unproduktive Betriebe zu schließen – das ist die sogenannte "Produktivitätspeitsche". Die Produktivitätsgewinne können erheblich sein, auch wenn es voreilig erscheint, daraus einfache wirtschaftspolitische Empfehlungen abzuleiten.

Zum Zweiten kann die Steuer die Leistungsgerechtigkeit stärken und damit einen positiven Wachstumseffekt entfalten. Das ist immer dann der Fall, wenn große Vermögen dazu genutzt werden, um durch Lobbyarbeit oder aggressive Medienkampagnen den Wettbewerb in einem Sektor der Wirtschaft oder Gesellschaft zu beschränken. Dieses grundsätzliche Problem der Vermögenskonzentration ist in den USA stärker ausgeprägt als in Deutschland, wo durch die Einflussnahme starker Gewerkschaften ein Gegengewicht zu den Interessenvertretern des Kapitals existiert. Doch auch hierzulande ist Lobbyismus der Kapitaleseite ein erhebliches Problem, das immer größer wird.

Fazit: Vermögensteuer für Bildungsinvestitionen stärkt die Wirtschaft

Zusammengefasst: Die Auswirkungen einer Vermögensteuer auf das wirtschaftliche Wachstum sind theoretisch nicht eindeutig – es gibt einen negativen Effekt, aber auch zwei mögliche positive Effekte. Zudem entstehen sehr starke Wachstums- und Beschäftigungsimpulse, wenn die Steuermehreinnahmen für Investitionen in das öffentliche Bildungssystem genutzt werden. Das spricht eindeutig dafür, dass eine Reaktivierung der Vermögensteuer für größere Vermögen, deren Einnahmen zur Finanzierung der notwendigen Bildungsinvestitionen verwendet werden, die Beschäftigung und das Wirtschaftswachstum erheblich steigern würden. Wer sich also eine Besteuerung großer Vermögen in Deutschland widersetzt, muss andere Gründe als die Sorge um die deutsche Wirtschaft haben.

** Tom Krebs ist Professor für Makroökonomik und Wirtschaftspolitik an der Universität Mannheim. Er ist unter anderem auch Mitglied der Mindestlohnkommission.*

<https://www.dgb.de/aktuelles/news/grosse-vermoegen-besteuern-um-das-bildungssystem-zu-retten>

Zu guter Letzt

Die Treppe wird von oben gefegt!

Aber der zusammengelegte Dreck wird unten aufgedreht!

Henrik Peitsch

Die Auswirkungen der aktuellen finanzpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung sind zunächst nur dahingehend sicher, dass bis 2029 über 850 Mrd. Euro an Krediten aufgenommen werden. Die Zinsbelastung wird dadurch bei einem unveränderten Zinssatz auf insgesamt 62 Mrd. steigen. Durch die ebenfalls beschlossenen Steuervergünstigungen für die Unternehmen werden ab dem kommenden Jahrzehnt die Steuereinnahmen des Staates zusätzlich empfindlich geschmälert (geschätzte 46 Mrd. Euro Mindereinnahmen bis 2029). Erfolgen hier keine Ausgleichszahlungen durch den Bund an die Länder und Kommunen, werden verstärkt Ausgabenkürzungen die Folge sein. Unverantwortlich bleibt die Ausblendung der erforderlichen Finanzmittel für die dringend notwendige ökologische Transformation sowie die sozialen Sicherungssysteme und die öffentliche Infrastruktur sowie das Bildungssystem.

Die SPD wird sicherlich mit ihrer Forderung nach der (Wieder-)Einführung der Vermögensteuer (seit 1997 überfällig) sowie die Reform der Erbschaftssteuer an der CDU/CSU scheitern, sodass die zu erwartenden Einnahmeausfälle und zusätzlichen Belastungen nicht aufgefangen werden können. Die Folge werden Einschnitte im Sozialsystem sein. Die parteipolitischen Diskussionen zum Bürgergeld und der Sicherung des gesetzlichen Rentensystems u.a. durch Einbeziehung der Beamtenpensionen (Bärbel Bas) machen deutlich, dass es dabei nicht um eine sachgerechte Argumentation hinsichtlich möglicher Fehlentwicklung geht. Adressaten sind die Wähler*innen, die empfänglich für populistische Narrative sind. Diese Angriffe auf die sozialen Sicherungssysteme sind Ablenkungsmanöver und dienen als Triggerpunkte (Steffen Mau u.a.: Triggerpunkte Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft).

Unsaubere Toiletten (BBS am Pottgraben) sind sicherlich ein nicht hinnehmbarer Zustand. Die Aktion der Schülervertretung der Berufsschule war eine dringende Aktion, um auf diese Missstände hinzuweisen. Es reicht aber nicht, nur darauf öffentlich aufmerksam zu machen. Es müssen auch die Ursachen für einen derartigen Zustand ergründet werden, wenn man den Sachverhalt reflektiert beurteilen will. Toiletten versetzen sich nicht selbst in diesen Zustand! Verhältnisse haben auch immer etwas

mit Verhalten zu tun – der Nutzer*innen. Zudem ist der bauliche Zustand vieler städtischer Schulgebäude – nicht nur der Toiletten – sanierungsbedürftig. Wer aber allein die Stadt dafür verantwortlich macht, erkennt, dass die Finanzlage der Stadt – wie die fast aller Kommunen in Deutschland – am Limit ist (André Berghegger, Kommunale Investitionskraft am Limit: DStGB fordert nachhaltige Finanzreform, www.dstgb.de, 22.5.2025). Deshalb muss gerade jetzt eine Vermögenssteuer kommen. Die Finanzierungslücken dürfen zudem nicht durch Kürzungen im Sozialsystem ausgeglichen werden.

Wer erinnert sich noch? Im Jahre 1964 warnte Georg Picht vor der deutschen Bildungskatastrophe: „*Bildungsnotstand heißt wirtschaftlicher Notstand. Der bisherige wirtschaftliche Aufschwung wird ein rasches Ende nehmen, wenn uns die qualifizierten Nachwuchskräfte fehlen, ohne die im technischen Zeitalter kein Produktionssystem etwas leisten kann. Wenn das Bildungswesen versagt, ist die ganze Gesellschaft in ihrem Bestand bedroht.*“ (Picht, Georg [1964]: Die deutsche Bildungskatastrophe. Olten/Freiburg im Breisgau. Zit. In TELE-VISIONEN. Hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung).

Vorausgegangen war der Weltraumflug des ersten künstlichen Erdsatelliten am 4. Oktober 1957. Mit dem Sputnik begann die Raumfahrt, die von der Sowjetunion eingeläutet wurde. Sie löste in der westlichen Welt den sogenannten Sputnikschock aus. In Deutschland versetzte es viele Verantwortliche in Panik und führte zu vielen Diskussionen und einigen Veränderungen im Bildungssystem.

Ein demokratisches Bildungssystem für alle ist nur möglich, wenn die sächlichen und curricularen Voraussetzung gegeben sind und die Binnenstruktur der Schule auch demokratisch organisiert ist. Dies setzt auch voraus, dass Schulleitungen und Kollegien – trotz vieler Ein- und Beschränkungen – **Gestaltungsmöglichkeiten** nutzen und die Schule und den Unterricht nicht nur **verwalten** (s. Beitrag von Bernd Glüsenkamp). Im Rahmen des Bildungsauftrags hat die Schule allen Schüler*innen auch die Grundrechte des Grundgesetzes zu vermitteln und sie zu kritischen und mündigen Bürger*innen zu befähigen.

Impressum

PAUKOS 1/2025 – Jg 44

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kreisverband Osnabrück-Stadt
August-Bebel-Platz 1 – 49074 Osnabrück

Erscheinungsweise:

Zwei Ausgaben pro Jahr

Ausgabe:

1/2025

Auflage:

Print: 300 Stück

Digital: <https://osnabrueck-stadt.gewweserems.de/paukos>

Redaktion:

Henrik Peitsch
oeffentlichkeitsarbeit@gew-osnabrueck.de

Druck:

Druckerei Rietbrock
Natruper Straße 87 – 49170 Hagen a.T.W.
Telefon: 05405/98050



<https://farm4.staticflickr.com>

GEW Kreisverband Osnabrück - Stadt

Sprechstunde: mittwochs von 15:00 bis 17:00 h
(nicht während der Ferien)

Telefon: 0541/259620 - Fax: 0541/260827

gew-osnabrueck@t-online.de
www.os-stadt.gewweserems.de

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne vorherige Zustimmung der Herausgeberin unzulässig. Ausnahmen sind gekennzeichnet.

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung der Verfasser*innen wieder.

Wenn es im Einzelfall nicht gelungen ist, Rechteinhaber*innen ausfindig zu machen, werden diese gebeten, sich mit dem Herausgeber in Verbindung zu setzen.

Grundrechte-Report

2025 Zur Lage der Bürger- und
Menschenrechte in Deutschland



Herausgegeben von:

Peter von Auer, Charlotte Ellinghaus, Rolf Gössner, Martin Heiming,
Max Putzer, Britta Rabe, Rainer Rehak, John Philipp Thurn,
Marie Volkmann, Rosemarie Will

